

böllthema

Die Zukunft: Ein
Dossier über Ernährung
im Klimawandel

Die Arbeit: Jeden Tag
kämpfen Frauen gegen
Hunger und Armut

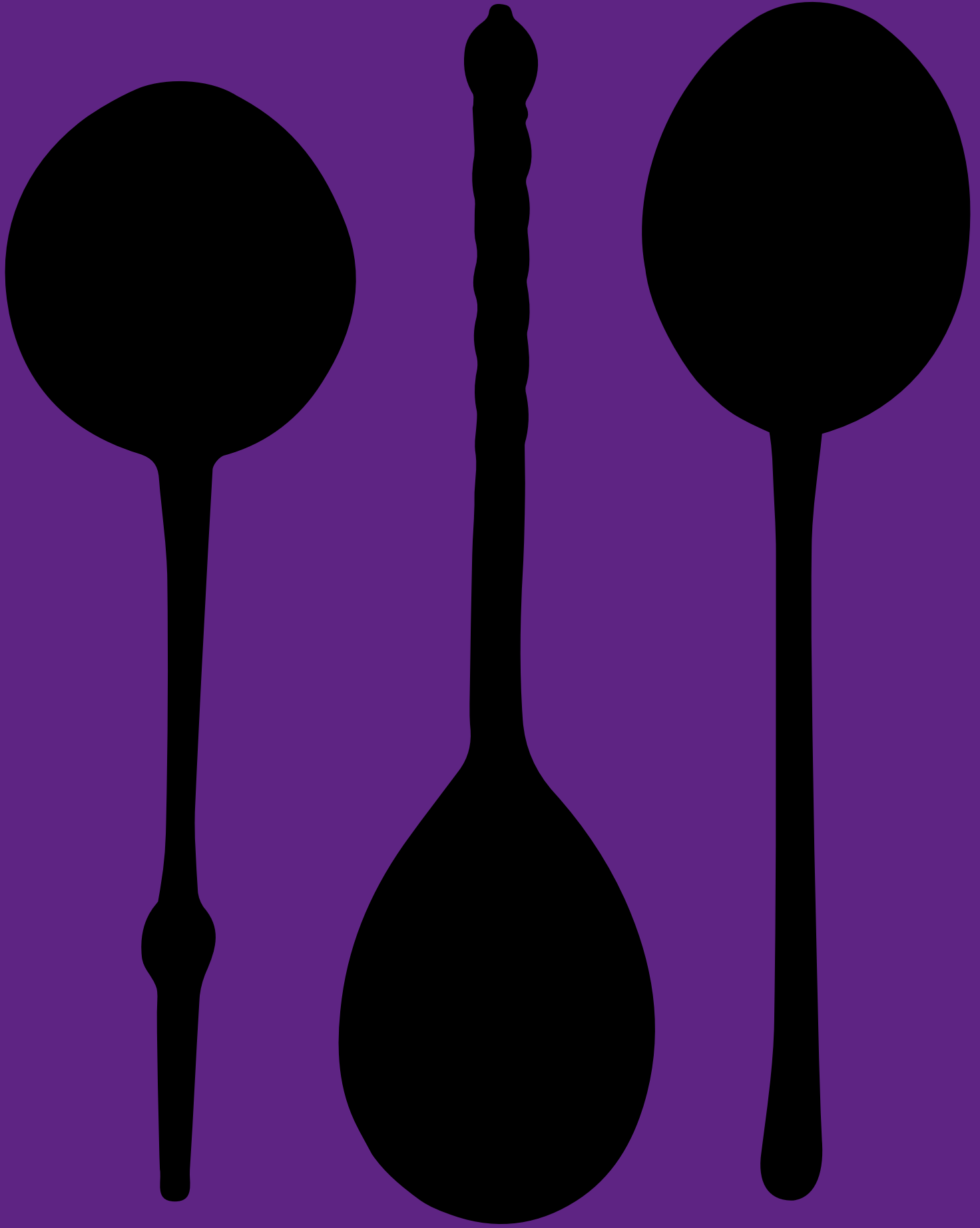
21-3

Die Machtfrage: Nach
dem UN Food Systems Summit
in New York



Gesund, gerecht und ökologisch

Perspektiven für die Zukunft der Welternährung



811 Millionen Menschen hungern. Zwei Milliarden Menschen haben täglich nicht genug zu essen, ganz zu schweigen von nährstoffreicher Nahrung, die sie gesund erhält.

Nehmen wir diese millionenfachen Schicksale überhaupt noch wahr? Moralisch und politisch ist die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet, Hunger in all seinen Formen zu bekämpfen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 hat das klargestellt und den Staaten die Aufgabe zugewiesen, das Recht aller auf eine angemessene Ernährung durchzusetzen. In zahllosen Pakten, Konventionen und Ernährungsgipfeln wurde und wird diese Verpflichtung immer wieder betont. Und es wäre zu schaffen: Wir produzieren so viele Lebensmittel wie noch nie, es gibt genug Nahrung für alle auf der Welt. Trotzdem müssen wir das Menschenrecht auf ausreichende Nahrung immer noch erkämpfen, trotzdem hungern immer noch zehn Prozent der Weltbevölkerung.

Ob es um Hunger- oder Mangelernährung oder die drastische Zunahme fehlernährter Menschen geht: Immer wieder sehen wir, wie die Politik versagt. Wie sie festhält an Ernährungssystemen, die geprägt sind von der Machtkonzentration einiger weniger Akteur*innen – bei der Produktion, bei der Verteilung der Landflächen und der Nahrung. Wie sie festhält an Systemen, die sozial ungerecht und ökologisch nicht tragfähig sind.

Dieses *Böll.Thema* ist ein weiterer Beitrag, die Entwicklungen in der globalen Agrar- und Ernährungspolitik aufzuzeigen – aber auch von Lösungen zu berichten. Dem ewigen Mantra der Produktionssteigerung setzen wir Analysen und anschauliche Beispiele für eine faire, gesunde und ökologische Ernährungspolitik entgegen. Denn: Es ist zu schaffen.



Barbara Unmüßig
Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung

Ihre Barbara Unmüßig

Editorial

- 1 Von Barbara Unmüßig

Wo wir stehen

- 3 Essen ist politisch – und ein Menschenrecht
Von Barbara Unmüßig, Christine Chemnitz und Inka Dewitz

Dossier

- 6 Ernährung im Klimawandel
Über Emissionen, Flächenverbrauch, Schädlinge und eine Kantine der Zukunft
Von Heike Holdinghausen

Statement

- 12 Wenn eine dunkle Gasse zur grünen Oase wird
In Südafrika hat Urban Gardening während der Pandemie gezeigt, was es wert ist.
Von Katrin Seidel

Großes Interview

- 14 «Geschlagen gebe ich mich nicht»
Für Michael Fakhri, den Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, ist Hunger und Unterernährung ein Ausdruck grandiosen institutionellen Scheiterns.
Interview: Christiane Grefe

In Bildern

- 18 Ihr tägliches Brot
Der Fotograf Gregg Segal hat Kinder aus aller Welt fotografiert – inmitten der Lebensmittel, die sie in einer Woche zu sich nehmen.
Fotos von Gregg Segal
Texte von Martin Reichert

Essay

- 24 **Gesundes Essen – nicht für alle in Deutschland**
Zu wenig Geld, mangelnde Bildung und Strukturen, die bei der Lebensmittelproduktion die falschen Anreize setzen.
Von Renate Künast

Frauen und Ernährung

- 26 **Die harte Arbeit machen die Frauen**
Projekte weltweit unterstützen sie bei ihrer täglichen Arbeit, ihre Familien mit gesundem Essen zu versorgen.
Von Christina Focken
- 30 **«Wächterinnen der Ernährung»**
Die indische Ökonomin Soumya Gupta erklärt, warum ein Weg aus Armut und Hunger ohne die Frauen nicht zu schaffen ist.
Interview: Jana Prosinger
- 31 **Das ist keine Hausarbeit**
Die Agrarökologie hat sich als ein Konzept gegen die industrielle Landwirtschaft etabliert – auch, weil sie die Gesellschaft und ihre Machtverhältnisse stets mitdenkt.
Von Felistus Mwalia

Reportage

- 33 **Warschau – die vegane Hauptstadt**
Polens Metropole ist grün – vor allem, was das Speiseangebot betrifft.
Von Anna Jakubowska

Interview

- 36 **«Das sind meine Leute»**
Kainyu Njeri gehört zur Route to Food Alliance in Kenia – ein Land, in dem es ein Recht auf Nahrung gibt und die Menschen trotzdem hungrig zu Bett gehen.
Von Layla Liebetrau

Essay

- 37 **Überleben im Überfluss**
Für Wohlhabende gibt es in westlichen Gesellschaften keinen Mangel an Lebensmitteln, dafür ein wachsendes Bewusstsein für die Probleme, die mit ihrer Herstellung verbunden sind. Essen wird zu einem Baustein der Identität.
Von Jana Rückert-John
- 38 **Krieg. Macht. Hunger**
Dass Menschen nichts zu essen haben, ist auch das Ergebnis unverantwortlicher und böswilliger Kriegsparteien. An die Stelle von Fatalismus und Mitgefühl muss jetzt eine Sprache der Verurteilung treten.
Von Ali Nobil

Debatte

- 40 **Kann man über Ernährung sprechen, ohne über Macht zu sprechen?**
Von Sofia Monsalve und Martin Frick

Kommentar

- 42 **Bedingt rechenschaftspflichtig**
Eine Lesart des Food Systems Summit der Vereinten Nationen 2021
Von Jes Weigelt

Das letzte Wort

- 44 **«Warum ich Landwirtschaft studiere»**
Von Julia Thöring



Essen ist politisch –
und ein Menschenrecht

**Text: Barbara Unmüßig,
Christine Chemnitz
und Inka Dewitz**

Auch im 21. Jahrhundert ist ausreichende und gesunde Nahrung für Milliarden Menschen keine Selbstverständlichkeit. Die Zahl der Hungernden und Mangelernährten steigt seit 2017 laut der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) wieder an. Die Folgen der Lockdowns zur Covid-19-Bekämpfung haben diesen Trend noch verstärkt.

Seit 1966 ist das Recht auf Nahrung im Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte verankert. Nach schweren Hungersnöten gerade in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts galt dies als ein Meilenstein – die großen Hungerkrisen in der zweiten Hälfte in Afrika, Indien oder China konnten leider nicht verhindert werden.

Immerhin haben sich 162 Staaten völkerrechtlich verpflichtet, das Menschenrecht auf Nahrung zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Immer wieder gab und gibt es globale Verabredungen der Staatengemeinschaft, den Hunger in der Welt zu halbieren oder auch zu beenden, zuletzt im Rahmen der Agenda 2030. Bis zu diesem Jahr aber wird das Ziel nicht erreicht sein. Im Jahr 2020 hatten 768 Millionen Menschen zu wenig zu essen, fast zehn Prozent der Weltbevölkerung. Weltweit leben etwa 1,8 Milliarden Menschen in Armut und müssen mit weniger als 3,20 US-Dollar am Tag auskommen, knapp 700 Millionen Menschen sind extremer Armut ausgesetzt und haben weniger als 1,90 US-Dollar täglich zur Verfügung.

Die FAO hat zuletzt 2021 betont, dass Hunger vor allem auf Armut und Ungleichheiten zurückzuführen ist. Hunger bekämpfen heißt deswegen auch, Ungleichheit zu bekämpfen. Menschen, die

in Armut leben, können schlechter auf akute ökonomische oder ökologische Krisen reagieren. Seit 1960 aber hat sich die Zahl der «Naturkatastrophen» weltweit verzehnfacht. Millionen Menschen erleben, dass Überschwemmungen häufiger und intensiver werden, Dürren und Stürme machen jedes Jahr 90 Prozent aller klimabedingten Katastrophen aus. Schon heute verstärkt der Klimawandel Ernteausfälle in den ohnehin von Nahrungsmittelkrisen bedrohten Regionen – die Ernten fallen zum Teil über Jahre aus. Eine der gravierendsten Katastrophen zeigt sich derzeit auf Madagaskar. Nach zwei aufeinanderfolgenden Jahren extremer Dürre werden die Menschen im Süden im Jahr 2021 wahrscheinlich auf große Teile ihrer Ernte verzichten müssen. Die Welthungerhilfe schreibt, dass die Landwirtschaft in einigen Bezirken einen Produktionsverlust von 60 Prozent erwartet. Die WHO spricht von 1,14 Millionen Menschen, die bereits jetzt nicht genug zu essen haben und hungern müssen.

Die Corona-Pandemie hat die Lage der von Armut bedrohten Bevölkerung weiter verschärft. Fast 100 Millionen Menschen sind laut WHO zusätzlich in die Armut gerutscht, im Jahresvergleich 2019 und 2020 sind das etwa zwölf Prozent mehr. Lockdowns, der Verlust von Arbeitsplätzen, sinkende Investitionen und Exporte sowie ausbleibende Touristen haben in vielen Ländern zu gravierenden Einkommensverlusten geführt und die Armut verschärft. Während die Bevölkerung in den Industrieländern seit Langem im Durchschnitt einen immer kleineren Teil ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgibt, müssen arme Haushalte des globalen Südens den größten Teil dafür einplanen. Je höher die Preise für Nahrungsmittel steigen, desto mehr ist die sichere Ernährung der Menschen bedroht.

Konflikte schaffen Hunger – Hunger schafft Konflikte

Gewaltsame Konflikte sind weltweit eine der Hauptursachen für Unterernährung. Im Jahr 2019 waren Konflikte Auslöser für sechs der zehn schlimmsten Ernährungskrisen. Und alle Länder, in denen im Jahr 2020 eine Hungersnot herrschte, waren von gewaltsamen Konflikten betroffen. In Afrika waren das der Sudan, Äthiopien, Südsudan, Nigeria, Kongo, die Demokratische Republik Kongo und Burkina-Faso, im Mittleren Osten der Jemen, Irak, Palästina und Syrien, in Zentralasien Afghanistan sowie die Konflikt-Regionen in Bangladesch und Pakistan. Während die meisten Länder seit 25 Jahren Fortschritte dabei erzielt haben, Hunger und Unterernährung zu verringern, stagnierte dieser Prozess in den von Konflikten betroffenen Ländern. Zum Teil hat sich die Situation der Menschen dort sogar verschlechtert.

Das ist besorgniserregend, weil die Zahl der Konflikte weltweit zunimmt. Die Art und Weise, wie sich Konflikte auf die Ernährungssicherheit und die Landwirtschaft auswirken, unterscheidet sich je nach der Situation vor Ort. Vertreibungen vom Land, das Töten von Vieh oder das Zerstören von Feldern werden häufig als militärische Strategie und Kriegstaktik eingesetzt, wie beispielsweise im Jemen oder in der äthiopischen Region Tigray. Produktive Infrastruktur und Vieh werden dort gezielt angegriffen, die Bevölkerung wird belagert, in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und ausgehungert. In anderen Konflikten ist Hunger eine unbeabsichtigte, aber strukturelle Folge des Krieges, wenn Konflikte etwa zu Vertreibungen führen, die Lebensgrundlagen, Nahrungsmittelsysteme und Märkte zerstören. Dies führt zu höheren Lebensmittelpreisen und geringerer Kaufkraft der Haushalte.

Geflüchtete gehören zu den weltweit besonders stark gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Schätzungsweise 80 Prozent von ihnen leben in Ländern, in denen sich Teile der Bevölkerung nur mit Mühe ausreichend ernähren können. Ihre Zahl ist seit 2011 kontinuierlich gestiegen. Ende 2019 erreichte sie einen Rekordwert von 79,5 Millionen Menschen. Das waren fast doppelt so viele wie im Jahr 2010.

Hohe Nahrungsmittelpreise treiben Menschen in den Hunger

Der von der FAO erhobene Preisindex für Nahrungsmittel steigt kontinuierlich und liegt inzwischen um 33 Prozent höher als vor einem Jahr. Das hat mehrere Ursachen: Der Bedarf steigt, weil die Bevölkerung wächst, die Ernährungsgewohnheiten verändern sich – vor allem beim Fleischkonsum –, damit werden noch mehr Flächen für Futtermittel genutzt; gleichzeitig wächst das Interesse der Industrie an Agrarrohstoffen. All dies trifft auf ein Angebot an Flächen, das in weiten Teilen der Welt durch die Klimakrise immer weiter reduziert wird.





Langes Warten in der Schlange, um etwas Essen zu bekommen, das von Einheimischen in Mekele, der Hauptstadt der Region Tigray, gespendet wurde. Die Menschen in den ländlichen Gebieten im äußersten Norden Äthiopiens bestätigen, dass Nahrung längst zu einer Waffe in dem Bürgerkrieg geworden ist.

Die Landwirtschaft bietet nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Arbeit – in vielen Ländern des globalen Südens für weit mehr als 50 Prozent der Menschen. Beschäftigungsintensive, kleinbäuerliche Strukturen zu erhalten, ist auf absehbare Zeit zentral, um Armut zu bekämpfen. Allerdings rückt auch die Lage der Armen in den Städten zunehmend in den Fokus.

Fehlernährung ist ein weltweiter Trend

Armut führt häufig auch zu Fehlernährung, die in allen Ländern der Welt vorkommt. Sie trifft eher die unteren Bevölkerungsschichten, die sich keine gesunde und nährstoffreiche Ernährung leisten können. Heute ist circa ein Drittel der Menschheit davon betroffen. Weltweit haben in den vergangenen 20 Jahren Krankheiten stark zugenommen, die unter anderem durch falsche Ernährung ausgelöst werden. So starben im Jahr 2000 weltweit 900.000 Menschen an Diabetes, im Jahr 2019 waren es 1,4 Millionen. Herzkrankungen und Schlaganfälle waren im Jahr 2019 weltweit die häufigsten Erkrankungen und verursachten 15 Millionen Todesfälle – 2000 waren es noch 12 Millionen. Die Ursachen von Übergewicht und Fettleibigkeit sind vielschichtig. Sie liegen vor allem in veränderten Lebens- und Ernährungsgewohnheiten in Verbindung mit zu wenig Bewegung.

Der Konsum hochverarbeiteter Lebensmittel ist als eine Ursache für Fettleibigkeit ins Zentrum gerückt. Zu diesen zählen etwa zuckergesüßte Getränke, Snacks oder Tiefkühlgerichte. Sie haben viele Kalorien und bestehen häufig aus billigen Rohstoffen wie Palmöl, Zucker und Stärke. Sie sind in allen Ländern der Welt Teil des Ernährungssystems. Dieses Geschäft mit ungesundem und nährstoffarmen Essen teilen sich einige wenige Lebensmittelkonzerne der Welt wie Nestlé, PepsiCo, Tyson Foods oder Anheuser-Busch. Sie tragen die größte Verantwortung für die weltweit zunehmende Fettleibigkeit und sie tun politisch alles, um Daten dazu sowie Kennzeichnungspflichten wie Nutri-Scores zu verhindern.

Im Vergleich zu anderen sind hochverarbeitete Lebensmittel haltbarer, werden handlich für den sofortigen Verzehr angeboten und stark beworben. Trotz der negativen Ernährungsbilanz decken sie – abhängig von der Region – zwischen 25 und 60 Prozent des Kalorienbedarfs. Marktdaten zeigen, dass ihr Umsatz vor allem in Süd- und Südostasien sowie in Nordafrika und dem Mittleren Osten gestiegen ist; der Umsatz mit hochverarbeiteten Getränken ist besonders in Süd- und Südostasien und Afrika gestiegen. Eine gesunde, also abwechslungs- und nährstoffreiche Ernährung ist fünfmal teurer als eine, die nur den Energiebedarf durch stärkehaltige Grundnahrungsmittel deckt. Weltweit können sich mehr als drei Milliarden Menschen keine gesunde Ernährung leisten.

Im globalen Durchschnitt kostet es 0,79 US-Dollar, einen Menschen für einen Tag mit ausreichend Kalorien zu versorgen. Wird zusätzlich der Bedarf an Nährstoffen gedeckt, liegt die Summe schon bei 2,33 US-Dollar. Für eine Ernährung, die verschiedene Lebensmittelarten kombiniert und neben Mangelerscheinungen auch langfristig ernährungsbezogenen Krankheiten vorbeugt, sind pro Tag und Kopf mindestens 3,75 US-Dollar aufzubringen. Laut einem Bericht der UN ist eine gesunde Ernährung für fast die Hälfte aller Menschen weltweit unerschwinglich.

Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz zeigt: Auch in Deutschland gibt es einen Zusammenhang zwischen Armut, Ernährung und Gesundheit; eine gesunde Ernährung ist für die von Armut bedrohten Haushalte schwer finanzierbar. Im März 2020 lebten 6,48 Millionen Menschen in Deutschland von Arbeitslosengeld oder Hartz-IV-Leistungen, darunter rund 1,87 Millionen Kinder und Jugendliche. Für alleinlebende Erwachsene betrug 2020 die monatliche Grundsicherung 432 Euro. Darin enthalten ist ein Budget für Lebensmittel von etwa 150 Euro im Monat, rund fünf Euro am Tag. Damit das reicht, kaufen Haushalte mit einem kleinen Budget häufig entweder weniger oder qualitativ schlechtere Lebensmittel ein. Für Deutschland ist der Zusammenhang zwischen Lebensmittelpreisen und ihrer Energiedichte, beziehungsweise ihrem Nährstoffgehalt, wenig untersucht. Studien aus anderen wohlhabenden Ländern zeigen aber, dass Lebensmittel mit hohem Stärke- und Zuckeranteil im Vergleich zu gesunden Lebensmitteln wie Obst und Gemüse, Fisch oder magerem Fleisch relativ preisgünstig sind.

Hunger und Fehlernährung sind keine zufälligen Produkte unserer Ernährungssysteme. Sie sind das Resultat politischen Versagens, von Kriegen und fehlendem politischen Willen, Ungleichheit und Armut sowie massiver Machtungleichgewichte bei der Produktion und der Verteilung von Nahrungsmitteln. Hunger und Fehlernährung sind ein moralisches Desaster. Wer wieviel und was zu essen bekommt, das ist politisch – und damit ein Auftrag für politisches und gesellschaftliches Handeln.

Barbara Unmüßig ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Dr. Christine Chemnitz ist Referentin für internationale Agrarpolitik der Heinrich-Böll-Stiftung.

Inka Dewitz ist Referentin für internationale Ernährungspolitik der Heinrich-Böll-Stiftung.

Der Text basiert auf einer Veröffentlichung der Heinrich-Böll Stiftung und dem Thinktank TMG. Mehr zum Thema im Dossier: [Armut.Macht.Hunger auf Boell.de](#).



Ernährung im Klimawandel

Die Ernährungssysteme befeuern weltweit die Erderhitzung. Laut dem Weltklimarat IPCC war die Landwirtschaft zwischen 2007 und 2016 für 23 Prozent der menschlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Gleichzeitig verändert der Klimawandel auch die Landwirtschaft. In einigen Regionen verschieben sich die Vegetationsperioden, Extremwetterereignisse wie Starkregen nehmen zu, Schädlinge erschließen sich neue Lebensräume. Die Politik steht vor einer doppelten Herausforderung: Sie muss die globale Landnutzung nachhaltiger gestalten und sie zudem an den Klimawandel anpassen, um die Ernährung der Menschheit zu sichern.

Text: Heike Holdinghausen

Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft



Anteile der Treibhausgase an den Emissionen der Landwirtschaft (berechnet in Kohlendioxid-Äquivalenten) 2020

Quellen: Umweltbundesamt, Nationale Treibhausgas-Inventare 1990 bis 2019 (Stand 12/2020) sowie Vorjahresschätzung (VJS) für das Jahr 2020 (PI 07/2021 vom 15.03.2021)

- | | | |
|---|---|---|
| <p>● Methan (CH₄)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verdauung, Tierhaltung 38,4% • Wirtschaftsdüngermanagement 9,5% • Lagerung von Gärresten der nachwachsenden Rohstoffe 2,2% | <p>● Lachgas (N₂O)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Landwirtschaftliche Böden 40,4% • Wirtschaftsdüngermanagement 4,8% • Lagerung von Gärresten der nachwachsenden Rohstoffe, Atmosphärische Deposition 0,4% | <p>● Kohlendioxid (CO₂)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kalkung 3,3% • Harnstoffanwendung 0,8% • andere Kohlenstoff enthaltenden Dünger 0,3% |
|---|---|---|

Folgen der Klimaerhitzung für einen Obsthof



«Die Bürger*innen nicht länger hinhalten»

Franziska Blohm, Jahrgang 1992, ist auf einem Obsthof im Alten Land aufgewachsen. Sie ist eine von neun jungen Menschen, die Anfang 2021 beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde gegen die Deutsche Klimapolitik eingelegt haben.



Was macht der Klimawandel mit dem Hof?

Wir spüren den Klimawandel schon seit Jahren. Es begann mit der Kirschfruchtfliege, die sich wegen der steigenden Temperaturen wohl fühlt und ihre Larven in die Kirschen setzt. Die Fliege breitet sich immer weiter aus, weil sie wegen der milden Winter gut überwintern kann und weil wir als Biohof keine chemischen Mittel einsetzen. 2016 mussten wir schweren Herzens vier Hektar Kirschbäume roden. Auch die Apfelbäume leiden: In den Hitzesommern entwickeln sich die Äpfel schlecht und bekommen Sonnenbrand. Schädlinge wie der Apfelwickler vermehren sich zunehmend, Starkregen und Hagel schaden der Ernte zusätzlich. All das macht die Äpfel schwer verkäuflich, meist landet ein hoher Prozentsatz im Most oder Mus.

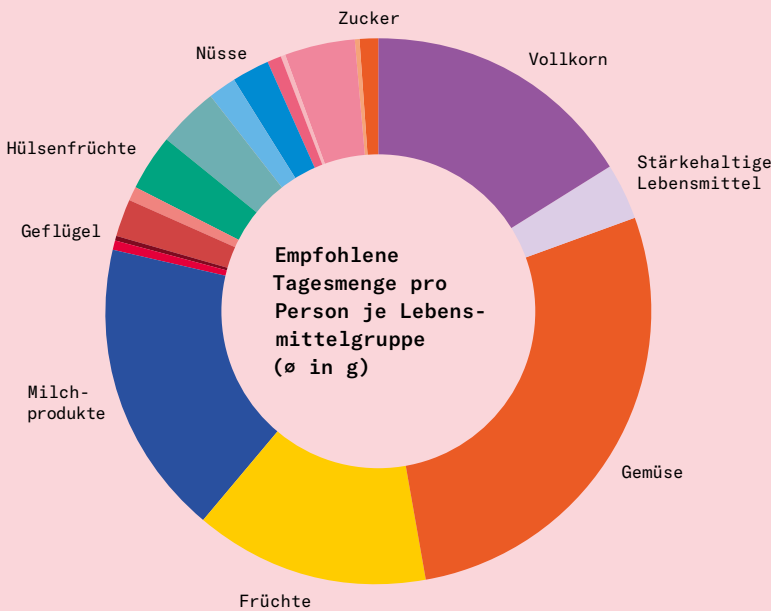
Was macht der Hof gegen den Klimawandel?

Wir haben eine Hagelversicherung für unsere Apfelbäume abgeschlossen. Wir sind seit Ende der 90er auf biologischen Anbau umgestiegen, Demeter zertifiziert und wirtschaften mit biologisch abbaubaren Produkten. Neben den Apfelbäumen haben wir auch Ausgleichsflächen: Auf unseren Blühwiesen leben Insekten und Nützlinge, für Vögel haben wir Nistkästen aufgehängt. Wir verkaufen unsere Äpfel regional. Und die 30 Hektar, auf denen unsere Apfelbäume stehen, tragen maßgeblich zu einem guten Klima bei.

Warum klagen Sie vor dem Bundesverfassungsgericht?

Wir wollen, dass die Politiker*innen endlich Maßnahmen ergreifen und die Bevölkerung nicht länger hinhalten. Es ist an der Zeit zu handeln, und zwar sofort.

Klimagerechte Ernährung



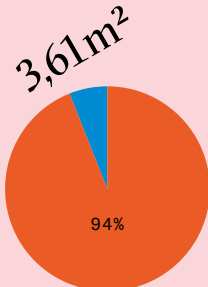
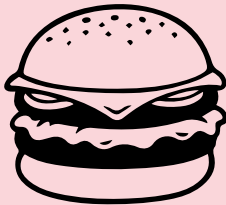
- Vollkorn (232g bzw. bis 60% unserer Energie)
- Stärkehaltige Lebensmittel (0-100g)
- Gemüse (200-600g)
- Früchte (100-300g)
- Milchprodukte (0-500g)
- Rind- und Lammfleisch (0-14g)
- Schweinefleisch (0-14g)
- Huhn und anderes Geflügel (0-58g)
- Eier (0-25g)
- Fisch (0-100g)
- Bohnen, Linsen, Erbsen (0-100g)
- Sojanahrung (0-50g)
- Erdnüsse (0-75g)
- Nüsse von Bäumen (25g)
- Palmöl (0-6,8g)
- Ungesättigtes Fett (20-80g)
- Fett aus Milchprodukten (0g)
- Schweinefett oder Talg (0-5g)
- Alle Zucker (0-31g)

Empfehlungen für eine gesunde und umweltgerechte Ernährung 2050

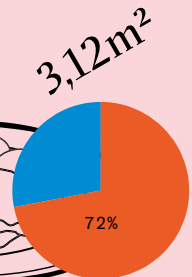
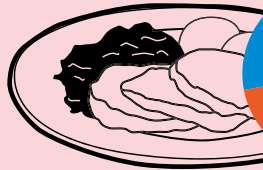
Datenquelle: Willett, W., Rockström, J., Loken, B., Springmann, M., Lang, T., Vermeulen, S., Murray, C. J. L. - The EAT-Lancet Commission (2019). Food in the Anthropocene: the EAT-Lancet Commission on healthy diets from sustainable food systems. Lancet 2019; 393: 447-92.

Flächenverbrauch einzelner Mahlzeiten

Hamburger mit Pommes und Salat
(200g Schweine-, 25g Rindfleisch)



Schweinebraten mit Rotkohl und Kartoffelklößen
(200g Schweinefleisch)



Curryhuhn mit Reis und Gemüse
(75g Hühnerfleisch)



Spaghetti mit Tomatensoße
0,46m²



Bratwurst im Brötchen
2,26m²
87%

Flächenverbrauch bei der landwirtschaftlichen Erzeugung typischer Mahlzeiten in Quadratmetern

Quelle: www.eco-world.de/service/main/archiv/790/flchenbedarf_06-10-ai_opt.jpeg

- Flächenanteil Fleisch
- Flächenanteil sonstige

Florian Sander über klimagerechtes Kantinenessen



Ist eine Kantine ohne Schnitzel und Currywurst vorstellbar?

Muss ja gar nicht, das Schnitzel kann aus Sellerie oder Ersatzprodukten sein, das ist auch lecker. Abgesehen davon, ab und zu Fleisch ist kein Problem – als Angebot neben vegetarischen Gerichten.

Ist Bio in der Kantine zu teuer?

Großküchen können regionale und biologische Lebensmittel einsetzen, wenn sie wenig Fleisch anbieten und nach Saison kochen. Außerdem sind gemeinsame Einkäufe ein großer Hebel: Wenn etwa Kitas den Einkauf gemeinschaftlich organisieren, bekommen sie ganz andere Preise, als wenn sie das über den Direktvertrieb mit den Landwirten machen oder jede allein zum Handelshof geht.

Die Kantinen sollten sich vernetzen?

Ja, aber dafür sind auch neue Verarbeitungsstrukturen nötig: Betriebe, die vor Ort Kartoffeln schälen und schneiden zum Beispiel, die gibt es kaum noch. Darum kaufen die Köche vorverarbeitete Ware per Mausclick von Anbietern auf dem Weltmarkt.

Wo stößt klimagerechte Küche auf größeren Widerstand, bei den Köch/innen oder den Kund/innen?

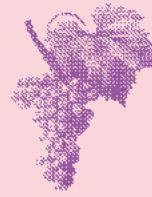
Es gibt den Wunsch nach Veränderungen in den Kantinen, aber es gibt nicht die Zeit und Muße, die Strukturen anzugehen. Wer täglich 3000 Mahlzeiten kocht, kann nicht mal eben die Beschaffung umorganisieren. Es braucht Broker, die zwischen Anbietern vermitteln, es müssen langfristige lokale Bündnisse geschlossen werden.

Wie arbeiten Sie in Köln daran?

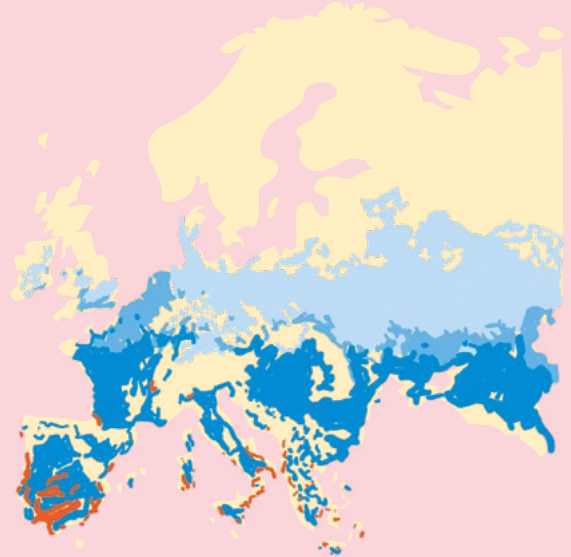
In einer Stadt wie Köln essen 20.000 Mitarbeiter der Verwaltung in Kantinen, es gibt 500 städtische Schulen, 300 Kitas, Krankenhäuser, dazu städtische Eigenbetriebe, das ist ein riesiger Tanker, den wir da bewegen wollen. Wir versuchen es mit Bewusstseinsbildung, wir arbeiten politisch, und wir haben Modellprojekte, in denen wir eine klimabewusste, regionale und biologische Versorgung proben.

Florian Sander ist Geschäftsführer des Ernährungsrates Köln und Umgebung.

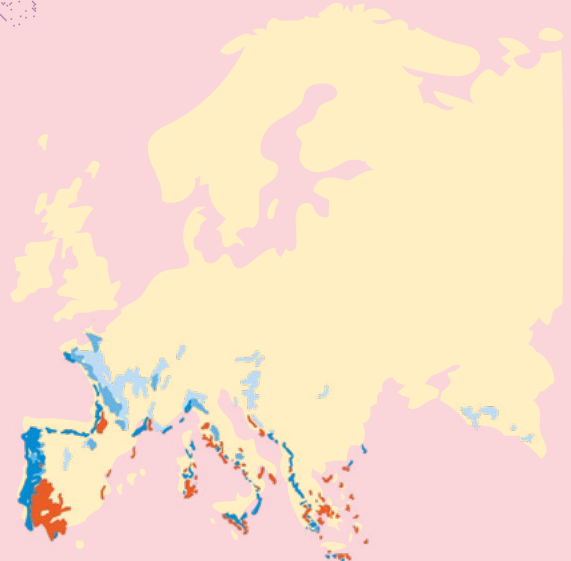
Prognose über die künftige



Weinrebe
(Vitis Vinifera)

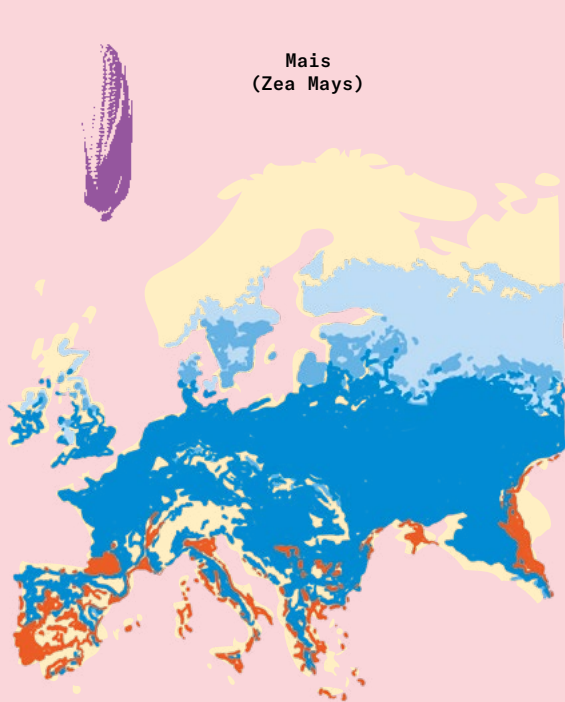


Weißer Fliege
(Aleurocanthus spiniferus)

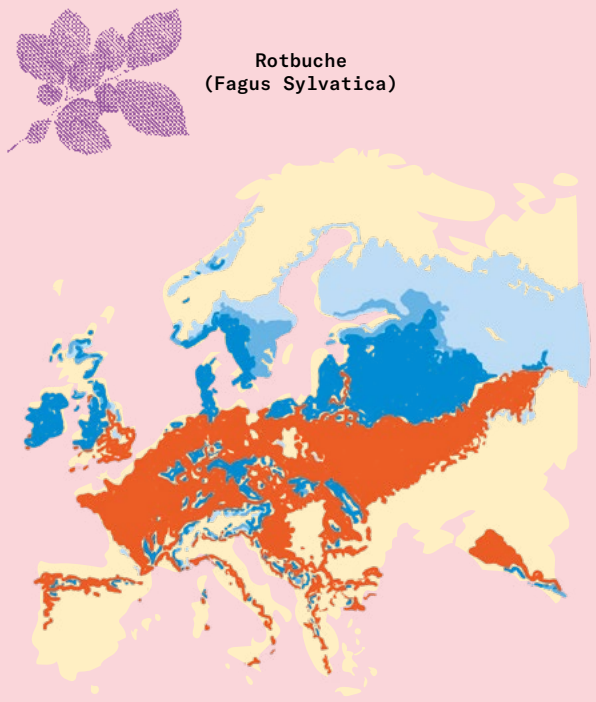


Die rote und die dunkelblaue Fläche zusammen betrachtet zeigen die modellierte Verbreitung der Spezies im Jahr 2080. Die rote Fläche zeigt durch den Klimawandel verlorene Gebiete für die jeweilige Art. Einige Arten (Weinrebe, Mais) verschieben sich nach Norden. Die Modelle beruhen auf Klimamodellen, die von einer durchschnittlichen Erderhitzung von 2,6 bis 4,8 Grad am Ende des Jahrhunderts ausgehen.

Verbreitung von Pflanzen und Tieren bis 2080



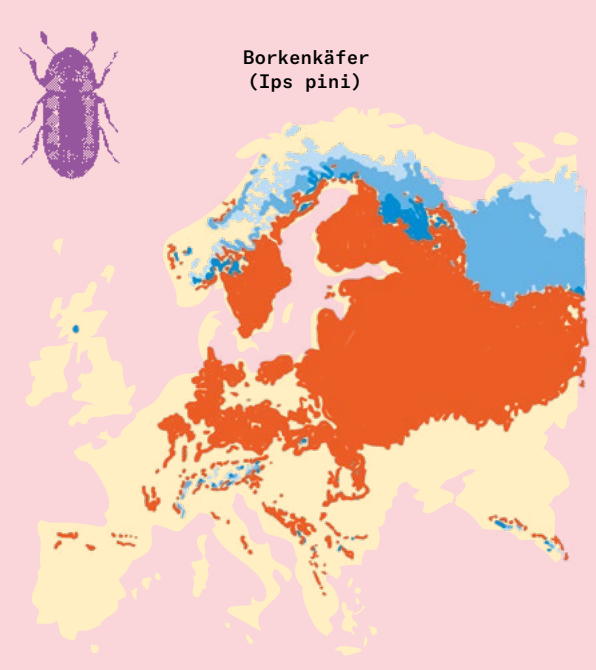
Mais
(Zea Mays)



Rotbuche
(Fagus Sylvatica)



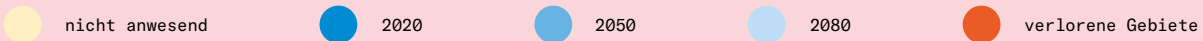
Baumwollkapselbohrer
(Helicoverpa zea)



Borkenkäfer
(Ips pini)

Mögliche zukünftige Verschiebungen der Gunsträume ausgewählter Wirtspflanzen und Schädlinge.

Quelle: www.agroscope.admin.ch/agroscope/de/home/aktuell/newsroom/2020/07-14_klimawandel-schaedlinge.html



«Unser Garten
ist das Beste,
das diese
Pandemie
hervorgebracht
hat.»



Wenn eine dunkle Gasse zur grünen Oase wird

Urbane Grünflächen und Gemeinschaftsküchen gibt es in Südafrika schon seit Jahrzehnten. Aber jetzt wie nie zuvor hat sich gezeigt, welche Rolle sie bei der Bekämpfung von Hunger spielen können.

Text: Katrin Seidel

Im Dezember 2020, zwei Tage vor Weihnachten, fand eine Gruppe von Frauen den Zugang zu ihrem Gemeinschaftsgarten in Kapstadts berühmten Viertel Bo-Kaap plötzlich versperrt. Eine muslimische Organisation beanspruchte das Land für sich. Gemeinsam hatten die Mitglieder der Gruppe *Sustainable Bo-Kaap* mitten in der COVID-19-Pandemie auf einem verwahrlosten Stück Land einen Garten angelegt und damit ein Zeichen der Hoffnung setzen wollen. Während der Pandemie waren in dem Viertel mit seinen bunten Häusern und seiner reichen Geschichte die Touristen ausgeblieben. Wie überall im Land machten sich erst Arbeitslosigkeit und dann Hunger breit, Tausende neuer Gärten entstanden in Kapstadt und anderen Metropolen Südafrikas. Ihr Beitrag zur Ernährungssicherheit ist nicht quantifiziert und zum Teil umstritten, doch die vielfältigen Vorteile liegen auf der Hand.

Nur fünf Kilometer vom Bo-Kaap entfernt gründeten etwa zur selben Zeit Zainap Salie und ihre Nachbarn in Salt River den Kipling-Gemeinschaftsgarten. Aus einer mit Müll verstopften Gasse wurde eine der wenigen Grünflächen in der Nachbarschaft. Neben der regelmäßigen Ernte, die das Nahrungsangebot der beteiligten Familien aufbessert, ist der Garten auch eine Begegnungsstätte und fördert das soziale Miteinander. Er liefert zudem genügend

Nahrungsmittel, um in Gemeinschaftsküchen Essen für die vielen Bedürftigen zuzubereiten, deren Zahl infolge der Pandemie dramatisch angestiegen ist. Beides, urbane Gärten und Gemeinschaftsküchen, gibt es in Südafrika schon seit Jahrzehnten. Nun zeigt sich wie nie zuvor, welche wesentliche Rolle sie bei der Bekämpfung von Hunger spielen können.

Initiativen wie die Gemeinschaftsgärten in Salt River und im Bo-Kaap bringen zudem Menschen zusammen und schaffen Räume für kritische Perspektiven auf ein ungerechtes Nahrungssystem, in dem ein stark monopolisierter Groß- und Einzelhandel den Löwenanteil der Gewinne einstreicht und kleinere und mittelständische Produzent*innen genauso das Nachsehen haben wie Konsument*innen. Urbane Gärten schaffen für viele einkommensschwache Haushalte eine gewisse Unabhängigkeit. Und sie schaffen auch Arbeit und Einkommen. Ihre Bedeutung wird mittlerweile stärker von staatlicher Stelle anerkannt.

Wie im Westkap fördern viele Provinzregierungen den Ausbau urbaner Gärten. Dennoch können sie nur einen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Unter- und Fehlernährung leisten. Der Staat bleibt gefordert, mit vielfältigen Maßnahmen das Recht auf Nahrung für alle zu gewährleisten. Denn urbane Gärten brauchen Ressourcen, beispielsweise Boden und Wasser, die vor allem in Städten begrenzt und heiß umkämpft sind.

So wie im Bo-Kaap. Im Juni dieses Jahres hat ein Gericht entschieden, dass *Sustainable Bo-Kaap* das Stück Land weiter nutzen kann. Seitdem finden dort regelmäßig Kurse zu biologischem Gartenbau statt und inspirieren weitere Gemeinschaftsgärten in der Stadt.

Katrin Seidel arbeitet seit fast 14 Jahren bei der Heinrich-Böll-Stiftung und leitet seit 2019 das Büro Kapstadt – Südafrika, Namibia, Simbabwe. Vorher war sie Büroleiterin in Nairobi und Phnom Penh.

Mitarbeit: Marcela Guerrero Casas, Programmleiterin bei der Western Cape Economic Development Partnership.

Unterernährung und Hungersnöte – für Michael Fakhri, den Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, ein Ausdruck grandiosen institutionellen Scheiterns.

«Geschlagen gebe ich mich nicht»

Interview: Christiane Grefe

Grefe: Es hat seit dem Jahr 2000 drei Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung gegeben, Sie sind seit Mai 2020 im Amt. Wie sehen Sie Ihre Rolle in der Kontinuität mit Ihren Vorgängern?

Fakhri: Gewiss hat jeder seine besondere Note eingebracht. Der erste, Jean Ziegler, war ein großer Intellektueller, der mit flammenden Appellen die Öffentlichkeit wach gerüttelt hat. Sein Nachfolger Olivier de Schutter war dann brillant darin, konkrete politische Ansätze für mehr Ernährungssicherheit zu entwickeln. Hilal Elver war eine hervorragende Diplomatin, ihre kritische Stimme haben Regierungen ernst genommen.

Und Sie: Wo werden Ihre Schwerpunkte liegen?

Ich möchte neue Perspektiven für die Handelspolitik eröffnen. Vor 15, 20 Jahren stand sie im Zentrum der Ernährungsdebatten, heute ist sie von der Tagesordnung fast verschwunden. Dabei sind Handelsregeln für die Ernährungssysteme zentral. Viele Länder hängen vom Import oder Export ab, und ob sie das so lassen oder ändern wollen: sie müssen sich zu den Menschenrechten verhalten. Wenn man der lokalen Produktion den Vorrang geben will, braucht man dafür ebenfalls einen handelspolitischen Rahmen.

Mein zweiter Schwerpunkt sind die Folgen der Pandemie. Wir haben gesehen, wie Covid 19 alle Probleme verschärft hat: Wo Ungleichheit herrschte, wurde die Gesellschaft noch mehr gespalten; wo Gewalt ausgeübt wurde, tobte sie noch schlimmer. Die Ungerechtigkeit zwischen den Ländern hat sich zugespitzt, weil einige Zugang zu Impfstoffen haben, andere nicht.

Als dritte Herausforderung kommt unweigerlich der Klimawandel hinzu. Seine Auswirkungen erleben wir längst in Echtzeit, sie sind auch für die Ernährungssysteme weltweit dramatisch. Hier in Oregon, wo ich lebe, gab es in den letzten Jahren Waldbrände und Dürren, bei denen man sich an das Jüngste Gericht erinnert fühlte.

Warum glauben Sie, diese Themen gerade als Sonderberichterstatter voranbringen zu können? Sie haben wenig Mittel, aber mit Interessenskonflikten und nationalen Empfindlichkeiten zu tun.

Als ich mich beworben habe, fand ich das Menschenrecht auf Nahrung interessant und extrem wichtig. Mich hat inspiriert, wie es bereits zu einem machtvollen und sehr fortschrittlichen Recht entwickelt worden ist.

Das wohl bekannteste Beispiel dafür ist Indien, wo Anwälte, Anwältinnen und NGOs aus dem abstrakt erscheinenden Menschenrecht konkrete gesetzliche Ansprüche abgeleitet haben, etwa auf Schulspeisungen und Einkommensmöglichkeiten für arme Familien. Was hat Sie sonst noch motiviert?

Ja, Indien hat Großartiges geleistet, und auch in anderen Ländern gibt es Initiativen, das Menschenrecht auf Nahrung in nationales Recht zu übertragen; aktuell zum Beispiel in Schottland. Aber nicht nur die Gesetze als solche sind wichtig. Auf lokaler wie auf globaler Ebene ist hier besonders wirkmächtig, wie beim Thema Ernährungssicherheit ganz unterschiedliche Gruppen kooperieren: Gewerkschaften, Bauern, Fischer, Frauengruppen, Indigene. Schon Mitte der

90er Jahre haben solche breiten sozialen Bewegungen das Recht auf Nahrung dafür genutzt, bei der Welthandelsorganisation WTO gegen die destruktiven Wirkungen des globalen Handelsregimes Widerstand zu leisten. Dieses Menschenrecht birgt auf einzigartige Weise Chancen für Solidarität. Seinen Inhabern fühle ich mich verpflichtet. Also nicht nur den Regierungen, die mich eingesetzt haben, sondern auch den Menschen selbst.

Diesen Menschen sollte der UN-Gipfel für Ernährungssysteme, der im September 2021 stattgefunden hat, ebenfalls eine Stimme geben. Mit Erfolg?

Das war absolut kein «People's Summit», weder am Tag selbst noch in dem Vorbereitungsprozess, der fast zwei Jahre lang gedauert hat. Meine Sorge ist ganz im Gegenteil, dass dieser Prozess viel Frustration erzeugt hat. Abertausende sind dem Aufruf des Generalsekretärs seit 2020 gefolgt und haben über bessere Ernährungssysteme nachgedacht. Sie haben Zeit, Energie und Ideen investiert, Berichte geschrieben und Vorschläge eingereicht. Aber das alles war dann mit der konkreten Planung des Gipfels nicht wirklich koordiniert. Die Vorbereitung war unstrukturiert und intransparent.

War es nicht enorm wichtig, dass der UN-Generalsekretär Antonio Guterres Regierungen und Gesellschaften weltweit mobilisiert hat? Schließlich nimmt die Zahl der Hungernden seit Jahren wieder zu, das UN-Nachhaltigkeitsziel «Kein Hunger» bis 2030 droht krachend zu scheitern.

Ursprünglich waren es Menschen aus den internationalen Organisationen für Ernährung in Rom, insbesondere dem High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition (HLPE) des Welternährungskomitees (CFS), die sagten: Wir müssen das zerrüttete Nahrungsmittelsystem von Grund auf ändern. Der Generalsekretär hat ihren Anstoß aufgegriffen. Und dann begann das Problem mit der Auswahl der Gipfel-Leitung.

Warum?

Ich will keine einzelne Person kritisieren, aber insgesamt gab es sehr enge Verbindungen zur Wirtschaft, sowohl im Sekretariat als auch

unter den Vorsitzenden der «Action Tracks», in denen die Themenschwerpunkte diskutiert wurden. Deshalb wurde so gut wie nicht nach den eigentlichen Wurzeln der Ernährungsprobleme gefragt. Es ging sofort um Lösungen – und dabei standen unternehmerische Ansätze im Vordergrund.

Die müssen ja nichts Schlechtes sein. Die Landwirtschaft, das ganze Ernährungssystem braucht auch neue Agrarpraktiken und Geschäftsmodelle.

Um es klar zu sagen: Ich bin kein Gegner der Wirtschaft. Natürlich braucht jedes Ernährungssystem Unternehmen und Händler. Aber es gibt seit jeher eine Vielfalt der Möglichkeiten, unsere Ressourcen zu organisieren: Partnerschaften, Kooperativen, öffentliche Agenturen. Und das Problem ist: Heute ist zu viel Macht und Einfluss in der Hand von weniger Konzernen konzentriert.

Diese Konzerne streben längst auch mehr Nachhaltigkeit an. Sie wollen es, weil keiner mehr übersehen kann, dass Landwirtschaft und Ernährung im Mittelpunkt der Klimakrise stehen.

Richtig ist: Saatgut- und Chemiekonzerne haben erkannt, dass ihre chemischen Lösungen nicht mehr funktionieren, und sie wollen sich entsprechend ihrer Vorstellung von Nachhaltigkeit anpassen. Im Zuge dessen versuchen sie nun, die Vereinten Nationen in ihre Richtung zu beeinflussen, die vor allem auf weitere Produktionssteigerung mit neuen Technologieprodukten zielt. Ein Beispiel: Gleich zu Beginn des Gipfelprozesses gab es eine Veranstaltung des Weltwirtschaftsforums in Davos. Ich war dabei, die Führung des UN-Gipfels war dabei, aber auch das gesamte Agribusiness von Cargill bis Coca-Cola. Dort wurden die Konturen des Gipfels schon deutlich.

Bei dem aber auch andere gesellschaftliche Gruppen beteiligt wurden.

Ein «Multistakeholder-Prozess»: Das klingt gut. Aber wenn dieser Prozess keine klaren, breit verankerten Verfahrensregeln hat und man die Tür einfach nur für jeden öffnet, dann ist die Frage: Wer springt zuerst rein? Wessen Stimme ist am lautesten, weil er die



Michael Fakhri

Mittel hat? Wer kann sich zum Beispiel unter Covid-Bedingungen per Internet beteiligen, auf Englisch, quer durch die Zeitzonen? Das kann am besten, wer Geld, Macht und Einfluss hat. Deshalb ging es beim Food Systems Summit sehr darum, welche Unternehmen, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen von öffentlichen Investitionen profitieren sollten. Und das sollten vor allem solche aus der Naturwissenschaft und Ökonomie sein, nicht aus der Ökologie, keine Indigenen, Praktikerinnen und Praktiker.

Aber sind nicht einige Innovationen, die Konzerne jetzt in der Landwirtschaft verfolgen, auch ein Fortschritt? Die digitalisierte Präzisionslandwirtschaft zum Beispiel, bei der mit Hilfe von Daten, Sensoren und Drohnen Pestizide und Wasser gespart werden, oder neue biologische Präparate?

Das ist gewiss spannend. Ich finde die ganze Dynamik trotzdem schwierig: Erst haben die Unternehmen Pestizide verkauft, die den Menschen geschadet und die Artenvielfalt verringert haben. Ausgerechnet diese Konzerne sagen jetzt: Vertraut uns, wir haben bessere Lösungen gefunden. Ich bin skeptisch, und das besonders, weil diese Konzerne trotz ihrer enormen Macht nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. Was also, wenn sie erneut Fehler machen? Man kann gute Ideen haben, sie aber mit fatalen Folgen verkehrt umsetzen oder im unpassenden Kontext anwenden.

Was meinen Sie damit?

Nehmen wir die Digitalisierung: Das ist eine fantastische, mit Idealismus vorangetriebene Idee. Aber viele Farmer können doch nur antworten: Ich hab nicht mal Strom, bin arm, habe kein Geld, um zu investieren. Ich bin nicht gegen neue Technologien, Erfindungen liegen in der menschlichen Natur. Aber sie müssen ein Instrument sein, nicht die Lösung. Wir sollten also endlich diejenigen als erste fragen, die unsere Lebensmittel anbauen, ernten und zubereiten. Aber ihre Sorgen blieben geradezu weltfremd außen vor.

Welche Sorgen meinen Sie?

Zum Beispiel die Konzernmacht. Aber auch die Pandemie war nur ein Randthema bei diesem Gipfel. Wie kann man die Hungerkrise lösen wollen, ohne die zusätzlichen Nöte durch Covid 19 ins Zentrum zu stellen? Anfangs standen nicht mal die Menschenrechte auf der Agenda. Aus all diesen Gründen haben viele Organisationen das Projekt von Anfang boykottiert und einen Gegengipfel organisiert.

Wer boykottiert, der kann nicht mitgestalten.

Diese Gruppen arbeiten ja gern auf multilateraler Ebene weiter mit – nur tun sie das lieber mit Organisationen, die Menschenrechte stärker einbeziehen und eine klare Rolle der Regierungen in der UN vorsehen. Denn das sind die legitimen Entscheidungsträger. Solche Organisationen sind die ILO oder das Welternährungskomitee (CFS) in Rom, das sich nach der Nahrungspreiskrise von 2007 komplett modernisiert hat. Ich finde, für dieses CFS sollten sich noch mehr Regierungen engagieren. Denn es sieht einen transparenten Beteiligungsmechanismus für indigene Gruppen und die gesamte Zivilgesellschaft vor. Dort können sie ihre Anliegen solidarisch und mit der Sprache der Menschenrechte vorbringen – gegenüber den Regierungen und den Unternehmen. Im CFS gibt es jetzt auch Bestrebungen, zu klären, wie wir auf die Pandemie und die Hungerkrise eine internationale Antwort finden.

Den UN-Food Summit bewerten aber nicht alle NGOs so kritisch wie Sie. Einige Umwelt- und Landwirtschaftsgruppen haben lieber von innen Einfluss genommen. So sei das Thema Agrarökologie auf die Tagesordnung gesetzt worden, eine Erneuerung der Böden, indigene Agrarsysteme und vieles mehr.

Das mag sein, aber was das genau bedeutet, bleibt unklar. Es gab keine transparente Beziehung zwischen der politischen Ebene des Gipfels, der wissenschaftlichen Beratung und den «Action Tracks»,

in denen die vielen Ideen gesammelt wurden. Nur wenige Personen haben am Schluss über Lösungscluster und Akteurskoalitionen aus gesellschaftlichen Gruppen, Regierungen und Investoren befunden. Da hat sich eine rückwärtsgewandte Theorie des Wandels gezeigt, die Experten und Expertinnen und nicht Beziehungen in den Mittelpunkt stellt. Es gab auch keine genaue Vorstellung davon, welche Gremien nun mit welchen Verfahren die Vorschläge umsetzen sollen.

Wie bewerten Sie denn das Ergebnis?

In den Gipfelpapieren wird ein Menu aus sehr unterschiedlichen Handlungsangeboten ausgebreitet, aus dem nationale Regierungen und andere Akteure wählen können. Wahrscheinlich wird es zu einem ungleichen Wettbewerb um begrenzte private und öffentliche Gelder kommen. Einige Lösungsansätze kommen nun mal leichter an Investoren als andere. In zwei Jahren soll es ein Follow-up geben. Angesichts dessen fragen sich Leute wie meine Eltern, die im Libanon eine Apfelplantage betreiben: Was hilft uns das alles? Wir kämpfen jetzt mit Dürren und Covid. Was der Gipfel vor allem versäumt hat, ist eine Vision, wie jedes Land sein Ernährungssystem so umbauen kann, dass sich alles in eine gemeinsame Richtung bewegt. Eine Vision, die gewährleistet, dass wir am Ende auf dem ganzen Planeten im Einklang mit den Anforderungen der Menschenrechte und der Ökosysteme leben.

Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie, was ist als nächstes zu tun?

Aktuell ist für mich die Frage am wichtigsten, wie wir den Fatalismus in der Zivilgesellschaft wieder auffangen können. Viele fragen sich: War das zwei Jahre Arbeit und 24 Millionen Dollar Aufwand wert? Ich ermutige deshalb alle, sich in ihren lokalen Ernährungssystemen zu engagieren, in einer Kooperative, einer Gewerkschaft. Da passiert der Wandel schon jetzt, und da entsteht Druck auf die Regierungen.

Was wir außerdem sehr schnell einleiten müssen, ist die Anpassung an den Klimawandel. Wir müssen herausfinden: Was bauen wir an, wo und wie machen wir das? Wo und wie jagen wir, wo und wie fischen wir? Wie können unsere Ernährungssysteme dazu beitragen, dass es wieder mehr Biodiversität gibt? Es gibt solche Techniken, heute nennen wir sie Agrarökologie.

Agrarökologie ist aber auch ein schillernder Begriff, unter dem jeder etwas anderes versteht. Die einen meinen damit landwirtschaftliche Anbaumethoden, andere Waldgarten-Systeme, wieder andere lokale Agrarkulturen. Was ist Ihre Definition?

Für mich ist Agrarökologie eine soziale Bewegung. Sie geht von politischen Fragen aus: Wem gehört das Land, wem das Wasser, wer hat Zugang dazu? Sie sieht stets den Zusammenhang zwischen Anbaupraktiken, Wissenschaft, Ernährung und Kultur, und das jeweils innerhalb einer ökologischen Umgebung. Ihre wichtigsten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen kommen aus der Ökologie, nicht der Agrarökonomie oder Chemie. Gemeinsam suchen sie neue technologische Ansätze, beziehen aber das besondere Erfahrungswissen, traditionelles und indigenes Wissen ein. Agrarökologie reichert Biodiversität an, sie schafft neues Leben. Ihre Technologien dienen den Menschen, die in der Fischerei, Landwirtschaft, Küche oder Lebensmittelherstellung arbeiten. Das alles gibt es in Ansätzen, die Frage ist jetzt: Wie weiten wir solche Systeme aus? Diese Aufgabe ist deutlich komplexer als die schlichte Agenda der Industrie.

Wie kommen agrarökologische Ansätze denn voran?

Das ist eine Frage guten Regierens. Ein Schlüssel auf globaler Ebene ist das Handelssystem, denn es begünstigt derzeit noch die großflächige, einheitliche Produktion. Wir brauchen Regierungen, die Handelsregeln verändern wollen.

«Derzeit ist für mich die Frage am wichtigsten, wie wir den Fatalismus in der Zivilgesellschaft wieder auffangen können. Viele fragen sich: War das zwei Jahre Arbeit und 24 Millionen Dollar Aufwand wert? Ich ermutige deshalb alle, sich in ihren lokalen Ernährungssystemen zu engagieren, in einer Kooperative, einer Gewerkschaft.»

Das hieße, ein dickes Brett zu bohren. Die WTO stagniert seit Jahren beim Thema Landwirtschaft.

Ich sehe durchaus Chancen, dass sich etwas ändert. Heute erkennen nicht nur Unternehmen die Probleme, sondern auch die Regierungen. Selbst die WTO hat im Zusammenhang mit dem Food Systems Summit einen Dialog über neue Ernährungssysteme organisiert, bei dem ich einen Workshop moderiert habe. Vor zehn Jahren wäre da noch eine rote Linie gewesen. Es gibt aber bislang keinen Plan, wie ein neues Handelssystem aussehen könnte. In meinen ersten Berichten als Sonderberichterstatter habe ich einige Antworten formuliert.

Welche sind das?

Ein Vorschlag betrifft regionale Märkte. Dabei gehe ich von der Frage aus: Wie können wir Handelspraktiken verstärken, die in agrarökologischen Systemen bereits existieren? Lernen wir doch von denen. Wir brauchen ein komplexeres Verständnis der Geographien, regionaler Grenzen, der informellen Märkte. Wie organisieren wir sie, wie verbinden wir sie global miteinander? Ein Agrarsystem in Indien wird komplett anders aussehen als eines im Libanon oder in den USA. Man wird künftig auch nicht mehr messen, wie viele Tonnen Getreide oder Mais pro Hektar produziert werden, sondern wieviel ein Hektar insgesamt an Produktvielfalt, Biodiversität, an Leben hervorbringt.

Märkte sollen sich also den ökologischen Bedingungen anpassen, nicht die Ökologie den Märkten?

Genau.

Aber wie wollen Sie solche neuen Handelsregeln durchsetzen? Die WTO ist da, wie gesagt, ziemlich festgefahren.

Ich bezweifle, dass die WTO der entscheidende Ort dafür ist. Dort droht das Thema wieder in der Sackgasse zu landen. Wir sollten die Diskussion deshalb in UN-Institutionen wie dem CFS, der UNCTAD oder der FAO mit neuer Frische und Kreativität in Angriff nehmen.

Solange es keine globalen Regeln gibt, sollen immer mehr Produktstandards Klimaschutz, Biodiversität oder die Einhaltung der Menschenrechte gewährleisten. Ein großer Teil der Umweltorganisationen und die meisten Unternehmen setzen auf Nachverfolgbarkeit mit Hilfe der Digitalisierung. Ist das sinnvoll oder eine Überforderung der Kunden?

Es ist eine technische Lösung, und das heißt: Nur diejenigen können sich beteiligen, die sich solchen Anforderungen anpassen und entsprechend investieren können. Neue Standards für Märkte gehen meist mit einer Erhöhung der Produktionskosten einher. Außerdem haben kleine Unternehmen, Landwirtinnen oder Arbeiter keinen Einfluss auf das Technolgie-design. Ich sehe deshalb auch hier eine Gefahr, dass sie aus dem Markt gedrängt werden, sodass noch mehr Macht in der Hand weniger konzentriert wird. Die Biolandwirtschaft ist ein Beispiel dafür. Ihre Produkte schmecken besser und sie sind mit weniger Pestiziden erzeugt. Aber es gibt jetzt auch bei Big Organic einen starken Konzentrationsprozess. Aus dem Handelsrecht weiß ich außerdem, dass es Wichtigeres gibt, als technologi-

sche Herkunftsnachweise, nämlich gute Geschäftsbeziehungen zwischen Leuten, die einander vertrauen. In der Pandemie haben jene Versorgungsketten noch funktioniert, in denen es langfristige, stabile Verbindungen zwischen Verkäufern und Kundinnen gab, ob in langen oder kurzen Versorgungsketten. Man bekommt dann einfach besser mit, wie Kunden reagieren oder die Ökosysteme. Warum gehen wir also nicht lieber von solchen Vertrauensbeziehungen aus, verbessern und erweitern sie?

Das alles sind Riesenbaustellen, auf denen Sie mitten im Sturm des Artenschwunds und der Klimakrise arbeiten. Waldbrände, Trockenheit und Fluten gibt es nicht nur in Oregon, sondern auch in Deutschland, Australien, Indien, Madagaskar oder Sibiren. Macht Sie die Größe der Aufgabe manchmal auch kleinmütig?

Natürlich ist es beklemmend, zu sehen, wie der Hunger weltweit zunimmt, die Arbeitslosigkeit, in der Folge die Gewalt; wie verzweifelt viele Menschen mit ihrem Leben ringen. Der Libanon, aus dem ich stamme, ist leider das beste Beispiel dafür. Dort erlebe ich, wie Gewalt, Pandemie und Klimawandel ein Land an den Rand des Zusammenbruchs gebracht haben. Aber selbst wenn Naturkatastrophen ausbrechen, sind und bleiben Unterernährung und Hungersnöte Ausdruck eines institutionellen Scheiterns. Auch das Virus mag die Folge eines Zoonosen-Transfers sein, weil menschliche Siedlungen fremden Ökosystemen zu nahe gerückt sind – aber es bleibt ein politisches Versagen, wie die Mächtigen auf die Pandemie reagiert haben. Und Politik kann man ändern. Deshalb: Geschlagen gebe ich mich nicht. Und es gibt ja auch Anlass für Hoffnung.

Was macht Ihnen Hoffnung?

Ich beobachte, wie sich Menschen umeinander kümmern. Im Kampf ums Überleben finden sie neue Beziehungen, neue Kreativität, neue Alltagspraktiken, Solidarität. Immer mehr Menschen wird wieder klar: Wir können nicht als Individuen leben. Wir gehören Gemeinschaften an. Und selbst wenn man diese Gemeinschaften nicht immer mag, muss man mit ihnen klarkommen und seinen Nachbarn helfen – den Nachbarn gleich nebenan und denen draußen in der Welt.

Michael Fakhri lehrt an der University of Oregon. Im dortigen Environmental and Natural Resource Law Center forscht er u.a. zu Internationalem Wirtschafts- und Handelsrecht, Ernährungspolitik sowie Agroökologie und ist einer der Leiter des Projektes für Resilienz in der Nahrungsmittelversorgung. 2020 wurde Fakhri zum Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Menschenrecht auf Nahrung gewählt.

Christiane Grefe schreibt als Redakteurin und Reporterin im Hauptstadtbüro der Wochenzeitung DIE ZEIT über Ökologie, Landwirtschaft, Globalisierung und Gesundheitspolitik. Sie ist Autorin zahlreicher Sachbücher, zuletzt «Global Gardening. Bioökonomie – neuer Raubbau oder Wirtschaftsform der Zukunft».

Ihr tägliches Brot

Wie unterscheidet sich der Speiseplan von Kindern in unterschiedlichen Ländern oder Kulturen? Für „Daily Bread“ hat der Fotograf Gregg Segal Jungen und Mädchen in den USA, Europa, Asien und Afrika getroffen und sie inmitten der Lebensmittel, die sie in einer Woche zu sich nehmen, fotografiert. Jedes der Kinder musste eine Woche lang die Speisen aufschreiben, die es zu sich genommen hat – Foodstylisten und Köche reproduzierten die Gerichte dann für das Shooting. Die Kinder sollten dafür ihr Lieblingsoutfit tragen, zu jedem Land wählte der Fotograf einen passenden Stoff als Hintergrund. Abgelichtet wurden sie dann aus der Vogelperspektive.

Fotografie: Gregg Segal Text: Martin Reichert

Sira Cissokho, 11,
lebt in Tambacounda, nördlich von Dakar (Senegal). Sie ist eines von neun Kindern, der Vater ist Musiker, die Mutter Hausfrau. Nicht immer bekommt Sira genug zu essen. Die Familie bezieht ihre Lebensmittel zum Großteil aus dem eigenen Garten,

auch Hirse und Erdnüsse gedeihen dort. Sie hat gelernt Ngalakh zu kochen, ein typisches Hirsegericht aus dem Senegal. Zu besonderen Anlässen bereitet die Mutter Siras Lieblingsessen: Hühnchen. Sira träumt davon, ihren Eltern eine Reise nach Mekka schenken zu können.





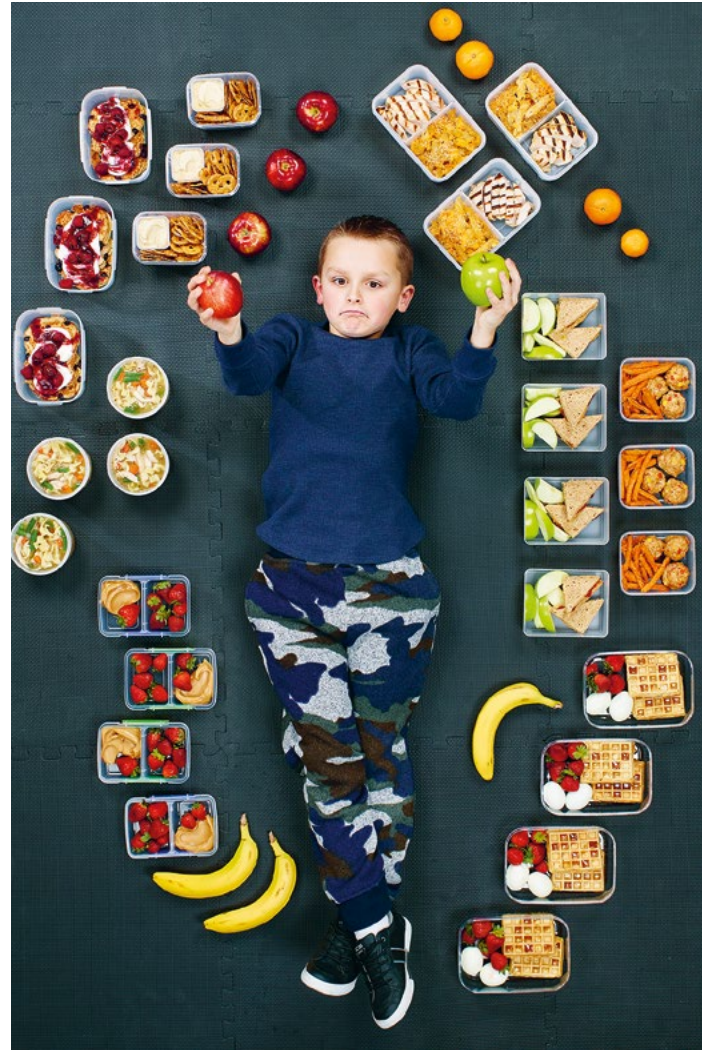
Rosalie Durand, 10,

lebt in Nizza (Frankreich). Seitdem sich ihre Eltern getrennt haben, ist sie mal beim Vater, mal bei der Mutter. So kann sie sowohl das Mittelmeer als auch die Alpen von zu Hause aus sehen. Rosalie ernährt sich gesund, isst viel frischen Fisch. Ihr Vater, ein Restaurateur, hat ihr beigebracht, wie man Crepes, Salat und Linseneintopf kocht – ihr Lieblingsgericht. Was sie nicht mag: Ratatouille, Spinat und Gurken. Umso lieber mag sie Thai-Kickboxen und Klettern. In Rosalies Leben fehlt eigentlich nichts. Aber wenn sie genug Geld hätte, würde sie gerne ein Segelboot oder eine Yacht kaufen.

Davi Ribeiro de Jesus, 12,

lebt in Brasilia (Brasilien). Zusammen mit Vater, Stiefmutter und zwei Geschwistern wohnen sie in einem Einraumhaus in der Favela von Santa Luzia, gleich nebenan von Lateinamerikas größter Müllhalde. Der Vater ist auf Arbeitssuche, als Bergarbeiter. Die Mutter kümmert sich um das Essen. Davi isst alles außer bitterem Gemüse, meistens gibt es Bohnen und Reis, manchmal mit etwas Schwein – er muss nie hungrig zu Bett gehen. Selbst kann er Eier kochen, Porridge und Pasta. Sein Vater hat ihm gerade beigebracht, wie man Auto fährt. Nun träumt er davon, einen Chevy zu besitzen. Und Polizist möchte er werden, wenn er mal groß ist.





Anchal Sahani, 10,

lebt in Chembur, Mumbai (Indien), mit ihren Eltern und zwei Geschwistern in einer kleinen Hütte auf einer Baustelle. Der Vater verdient weniger als 5 Dollar am Tag, gerade genug, damit die Mutter Currys aus Okraschoten und Blumenkohl zubereiten und Fladenbrot backen kann. Sie träumt davon, auf die Farm zurückzukehren, auf der sie früher gelebt haben – und wieder zur Schule zu gehen. Eigentlich würde sie gerne später einmal als Lehrerin arbeiten.

Marek Strojvus Jr., 7,

lebt in New Haven, Connecticut (USA). Marek lebt mit seinem Vater zusammen – der alleinerziehende Elektroingenieur wurde durch seine Vaterschaft ernährungsbewusster. Marek hilft seinem Vater bei der Zubereitung der Mahlzeiten, schnibbelt Gemüse, püriert Hummus, formt Hackbällchen aus Putenfleisch. Mareks früheste Kindheitserinnerung ist ein gemeinsam mit der Großmutter in der Slowakei gegessenes Eis. Wenn sie dort zu Besuch sind, helfen sie ihr bei der Gartenarbeit – und zur Belohnung gibt es für alle einen deftigen Eintopf mit Schafskäse und Speck. Sein Lieblingsessen aber sind Äpfel, Erdbeeren mit Nussbutter und Crepes mit Schokolade. Er träumt davon, später mal einen Bugatti Veyron zu fahren, das stärkste Auto der Welt.

Nino Khaburzania, 6,

lebt in West Hollywood, Kalifornien (USA) mit ihrer kleinen Schwester, dem Vater (Schachspieler) und der Mutter (Ultraschall-Technikerin) – rund um das Apartment wachsen Palmen. Ihre Ernährung ist ein Mix aus Großmutter Tisianas georgischen Spezialitäten (etwa Khachapuri, einem mit Käse gefülltem Brot) und Klassikern der amerikanischen Fast-Food-Küche. Pizza, Quesadillas, Happy Meals von McDonald's, Double Doubles von In-N-Out-Burger, Subway Sandwiches und alles von der Cheesecake Factory. Nino wäre gerne eine berühmte Persönlichkeit. Und wenn Nino Geld hätte, würde sie gerne Bücher und Spielzeug für bedürftige Kinder kaufen.



In Bildern

Es gibt auch hierzulande Ernährungsarmut – und viele Ursachen dafür: zu wenig Geld, mangelnde Bildung und Strukturen, die bei der Lebensmittelproduktion die falschen Anreize setzen.

Gesundes Essen – nicht für alle in Deutschland

Text: Renate Künast

Hunger und Ernährungsarmut verbinden wir spontan mit Ländern in Afrika oder Südostasien, aber erstmal nicht mit Deutschland. Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass es in einer Überflusgesellschaft wie der unsrigen genug Nahrung für alle gibt. Dabei haben auch hier immer mehr Menschen täglich zu wenig oder das Falsche auf ihren Tellern. Vielen fehlen Geld oder Wissen, um sich ausreichend und ausgewogen zu ernähren. Es gibt also eine materielle und eine soziale Ernährungsarmut – im Bewusstsein der Gesellschaft ist das bisher kaum angekommen.

Essen – vor allem gutes – gibt es in Deutschland nur für die, die wissen, wie eine ausgewogene Ernährung funktioniert und die sich nicht durch die Werbeindustrie in die Irre führen lassen. Ernährungsarmut, Fehlernährung und ernährungsbedingte Krankheiten hängen unmittelbar zusammen und ihre sozialen und gesundheitlichen Folgen sind dramatisch.

Laut der Global Burden of Disease Study aus dem Jahr 2019, die im Fachblatt «The Lancet» erschienen ist, starben in Deutschland im Jahr 2017 ca. 130.000 Menschen aufgrund von unausgewogener Ernährung, weltweit sind es elf Millionen. Zu viel zuckerhaltige Limos, rotes Fleisch und gleichzeitig zu wenig Vollkornprodukte, Obst und Gemüse machen nicht nur dick, sondern auch krank. Schlechte Ernährung ist die zweithäufigste Todesursache in Deutschland.

Für gute, ausgewogene Ernährung zu sorgen ist gerade im Alltag nicht leicht. Der Griff zu Fertigprodukten und Fastfood ist oft viel einfacher und schneller als die gesündere und bewusste Essenswahl. Egal, ob im Supermarkt oder am Bahnhof – überall springen uns Fertigpizzen, überzuckerte Snacks, fettige Burger und gezuckerte Getränke entgegen. Fast die Hälfte der von deutschen Haushalten gekauften Lebensmittel sind verarbeitete Produkte. Sie enthalten mehr Zucker, Salz, Fett und Zusatzstoffe, als wir denken und uns vor allem guttut.

Außerdem essen wir häufig in der Kita, in der Schule, bei der Arbeit oder unterwegs und sind vom dortigen Angebot abhängig, das sehr häufig nicht den Anforderungen an eine gesunde Ernährung entspricht. Neben dem Angebot fehlt es an Transparenz. Verbraucher*innen haben meist gar keine Ahnung, wie viel Zucker oder Fett in den von ihnen konsumierten, fertig verarbeiteten Lebensmitteln enthalten sind. Die angegebenen Portionen entsprechen nicht dem wahrscheinlichen Konsum oder der Zuckergehalt wird in der Zutatenliste durch unbekannte Ersatzstoffe verschleiert.

Welche Folgen unsere veränderten Ernährungs- und Lebensgewohnheiten auf die Gesundheit haben, zeigt auch die globale Zunahme von Übergewicht und Adipositas. Weltweit leiden laut der Internationalen Diabetes-Föderation (IDF) 463 Millionen Menschen an dieser Krankheit.

Die Mehrheit der deutschen Erwachsenen ist übergewichtig, fast jeder vierte sogar fettleibig. Und bereits 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen wiegen zu viel oder sind adipös. Damit verbunden ist ein erhöhtes Risiko an – zum Beispiel –

Diabetes oder Herz-Kreislauf-Störungen zu erkranken. An Diabetes mellitus leiden in Deutschland bereits 7,2 Prozent der Erwachsenen, das sind 9,5 Millionen Menschen.

Ernährungsbedingte Krankheiten werden stark von sozioökonomischen Faktoren beeinflusst. So leiden Kinder und Erwachsene aus einkommensschwächeren Milieus häufiger unter chronischen Krankheiten und haben in der Regel eine geringere Lebenserwartung.

Neben dem Leid der Menschen sind die Kosten, die durch falsche Ernährung entstehen, für die Gesellschaft immens. Sie werden für Deutschland auf mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Allein die Behandlungen für Diabetes und die Folgeerkrankungen kosten rund 35 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Arbeit von Hilfsorganisationen kann und darf nicht die Antwort sein

Was können wir dagegen tun? Ein Hebel ist, dafür zu sorgen, dass die Menschen in unserem Land genug Geld zur Verfügung haben, um sich ausreichend und gut zu ernähren. Zwar ist es begrüßenswert, dass Institutionen wie die Tafeln Bedürftige mit kostenlosem Essen versorgen. Doch Hilfsorganisationen können und dürfen nicht unsere Antwort auf die wachsende Ernährungsarmut in unserer Gesellschaft sein. Denn das Recht auf Nahrung, beziehungsweise eine angemessene Ernährung, muss der Staat gewährleisten. Es ist abstrakt als Menschenrecht völkerrechtlich verankert in Artikel 11 des UN-Sozialpaktes. Und ich bin froh, als Ministerin erreicht zu haben, dass die Mitgliedsstaaten der FAO die konkreten Leitlinien zum «Recht auf adäquate Nahrung» verabschiedet haben – ein zentraler Baustein, denn als erstes wird dort der Zugang zu Land, Wasser und Saatgut, aber auch eine gute Regierungstätigkeit genannt. Letzteres steht übrigens nicht nur in den Entwicklungs- und Schwellenländern in Frage, sondern auch bei uns.

«Make the healthy way the easy way», von dieser strukturellen Forderung sind wir meilenweit entfernt. Zu Recht verwies das Gutachten «Politik für eine nachhaltigere Ernährung» des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung von 2020 darauf, dass die bestehenden Rahmenbedingungen wenig hilfreich sind und dass die Verantwortung zu stark auf das Individuum verlagert werde. Viele verfügbare Unterstützungsinstrumente würden nicht genutzt. Wir müssen die staatlichen Strukturen und Angebote, aber auch die Wirtschaft in die Pflicht nehmen. Kinder schützen, nicht Konzerne – das muss unsere Devise werden.

Laut des Gutachtens kann eine faire Ernährungsumgebung erreicht werden, wenn die Politik für eine nachhaltigere Ernährung «deutlich mehr und eingriffstiefere Instrumente wie beispielsweise Lenkungssteuern heranzieht».

Für mich gehören zu «eingriffstiefen» Instrumenten, die sich an die Wirtschaft richten, vor allem:

- Verbindliche Reduktionsziele für Zucker, Salz und Fett in Fertiglernsmitteln.
- Eine europaweite Einführung eines wissenschaftlich aktualisierten Nutriscore – damit es eine einheitliche transparente Nährwertkennzeichnung auf dem EU-Binnenmarkt gibt.
- Eine gesetzliche Beschränkung der Lebensmittelwerbung, die sich an Kinder richtet – damit in Zukunft nur Produkte für Kinder beworben werden, die entsprechend der WHO ausgewogen sind.
- Die Auseinandersetzung mit Steuern und Abgaben auf sogenannte Softdrinks und Snacks – damit sich der Zuckergehalt in diesen Produkten deutlich verringert.

Aktuell hat die Pandemie uns gelehrt, dass Ernährungsarmut nun auch von einer anderen Seite droht. Als wir plötzlich vor leeren Gemüse- und Obstregalen standen, wurde klar, wie riskant es ist, sich bei der Ernährung auf globale Lieferketten statt auf regionale Strukturen zu verlassen. Während unser Selbstversorgungsgrad bei Schweinefleisch und Milch zwar sehr hoch ist, ist das bei Obst und Gemüse anders.

Die regionale Produktion von Lebensmitteln muss stärker ausgebaut werden

Obwohl Regionalität für deutsche Verbraucher*innen immer wichtiger wird, schlägt sich das beim Obst- und Gemüseanbau nicht nieder. So entspricht der Anbau von Gemüse nur etwa einem Drittel des Verbrauchs, beim Anbau von Obst ist es sogar nur ein Fünftel. Und die Flächen, die in Deutschland für den Anbau pflanzlicher Produkte genutzt werden, sind in den vergangenen Jahren kleiner geworden, während die genutzten Flächen für Exportwaren oder den Anbau von Energiepflanzen angewachsen sind. Gleichzeitig importieren wir immer mehr zum Teil exotische Lebensmittel aus allen Ländern der Welt. Das ist weder krisensicher noch nachhaltig.



Um Ernährungsarmut zu verhindern und die Versorgungssicherheit mit gesunden und frischen Lebensmitteln zu gewährleisten, müssen wir also auch unser Export- und Importverhalten neu ausrichten und den regionalen Anbau von Lebensmitteln viel stärker ausbauen. Es geht um den Erhalt von Vielfalt bei der Ernährung und in der Landwirtschaft.

Fakt ist: Es gibt auch in Deutschland viele Ursachen für Ernährungsarmut – dazu gehören u.a. zu wenig Geld, mangelnde Ernährungsbildung, ein ungenügendes Lebensmittelangebot und eine Landwirtschaft, die bei der Lebensmittelproduktion die falschen Anreize setzt. Wir können aber von niemandem – insbesondere nicht von Kindern – erwarten, dass sie im Alltag zu Ernährungshelden werden gegen die Strukturen von Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie und Handel.

Ein gutes Ernährungsumfeld herzustellen ist Aufgabe der politisch Verantwortlichen und ist zentraler Bestandteil von Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik. Nicht weniger!

Renate Künast ist Sprecherin für Ernährungspolitik bei Bündnis 90/Die Grünen und ehemalige Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

Die harte Arbeit machen die Frauen

Was ist gesundes Essen? Woran erkennt man Mangelzustände? Wie wirken sich Geschlechterrollen auf gute Ernährung aus? Projekte weltweit unterstützen Frauen dabei, für ihre Familien zu sorgen, wie Beispiele aus Indien, Nigeria und Uganda eindrucksvoll zeigen.

Text: Christina Focken

Fotografie: Achane Olaniran/Nyofestus/iaf



Nigerianische Frauen beladen ihre Esel mit Wassertanks, um ihre Familien zu versorgen. Besonders in Zentralnigeria schwelen ethnisch geprägte Auseinandersetzungen zwischen sesshaften Bauern und Hirten um die Nutzung von Grund und Boden und werden immer gewalttätiger.

Indien

Schwangere sollten keine Eier und kein Fleisch essen. Papaya schadet dem Fötus. Öl ist schlecht für Kinder. Dies sind nur einige Glaubenssätze, gegen die Sweta Banarjee von der «Welthungerhilfe» in Zentral- und Ostindien kämpft. Durch solche Tabus beginnt Mangelernährung bereits im Mutterleib. Die Frauen essen nicht genügend Proteine, viele leiden unter Eisenmangel. Kinder kommen zu klein oder zu leicht auf die Welt.

«Auch nach der Geburt gibt es Essens- tabus, etwa, dass die Mutter trockene Mahlzeiten zu sich nehmen sollte. Also trinken sie nur ein Glas Wasser am Tag. Warmes Wasser soll dabei helfen, dass die Gebärmutter heilt», erklärt Banarjee. Die Qualität der Muttermilch wird durch diese Ernährung schlechter. Aufklärung ist deshalb ein wichtiger Teil des Projekts «Nutrition Smart Community», das Banarjee als Projektleiterin betreut.

Dazu gehört auch, welche Mahlzeiten die Frauen für ihre Familien zubereiten sollten. Reis mit Kartoffeln, etwas Öl und Chili – so sah eine typische Mahlzeit aus. Viele Kohlenhydrate, wenig Nährstoffe. In den Workshops des Projekts verdeutlicht die indische Flagge, wie ein gesundes Essen aussieht. Lebensmittel werden jeweils einer Farbe zugeordnet. Orange steht unter anderem für proteinhaltige Lebensmittel wie Linsen oder Fleisch. Zu den weißen Lebensmitteln zählen hauptsächlich Kohlenhydrate wie Reis, aber auch Milchprodukte. Grünes Essen ist reich an Eisen, Vitamin A und Kalzium. Zu dieser Gruppe gehört zum Beispiel grünes Blattgemüse. Alle drei Farben sollten in einer Mahlzeit vorkommen.

Das Rad in der Mitte der indischen Flagge steht für Öle und Fette. Denn auch die sind wichtig. Vor allem für Kinder, die mit kleinen Mahlzeiten ihren Bedarf an Kalorien abdecken müssen. Und keine Fahne ohne Fahnenstange. Diese symbolisiert sauberes Wasser, ohne das auch der Körper nicht «stehen» kann. Denn schmutziges Wasser führt zu Durchfall. Dann hilft auch die beste Ernährung nichts.

Nicht nur Kochen ist in indischen Dörfern Frauensache. Auch andere Aufgaben sind traditionell nach Geschlechtern getrennt. In der Trockenzeit müssen Frauen bis zu 15 Kilometer laufen, um Wasser zu holen. In der Landwirtschaft übernehmen Frauen den größten Teil der Aufgaben. «Der Mann pflügt das Feld. Dann ist seine Arbeit getan. Die Frau sät die Pflanzen, jätet das Unkraut. Die harte Arbeit machen die Frauen», sagt Banarjee.



Projekt: Nutrition Smart Community

Wo?: Bundesstaat Jharkhand, Ostindien, und Bundesstaat Madhya Pradesh, Zentralindien

Organisationen: Welthungerhilfe mit Centre for World Solidarity, Abhivakti Foundation, PRAVAH (Jharkand) und Mahatma Gandhi Sewa Ashram, Darshana Mahila Kalyan Samity (Madhya Pradesh)

Ziel: Das Projekt stellt den Kampf gegen Hunger und Mangelernährung in indischen Dörfern auf fünf Säulen: Nutrition Camps, nachhaltige Landwirtschaft, Verbindung von nachhaltiger Landwirtschaft und dem Management natürlicher Ressourcen, ernährungsbewusstes Microplanning der Dörfer und Stärkung bestehender Institutionen.

Bei so vielen Aufgaben fehlt Frauen die Zeit, ihre Kinder zu versorgen. «Selbst wenn ein Mann untätig rumsitzt, würde er nicht kochen oder sich um das Kind kümmern, weil die Gesellschaft festlegt, was Aufgaben für Frauen und für Männer sind.» Um Hunger zu bekämpfen, ist es daher auch wichtig, Geschlechterrollen zu adressieren. Deshalb ist dieses Thema, neben vielen anderen, Teil des Projekts.

«Viele Menschen glauben, es geht bei der Bekämpfung von Mangelernährung nur um Nahrungsergänzungsmittel und Fertignahrung. Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs.»

Nigeria

Porridge kennen viele Menschen als Frühstücksmahlzeit. Aber mit den richtigen Zutaten ist er auch ein wichtiges Mittel gegen Mangelernährung. Welche Zutaten das sind, lernen die sogenannten Porridge Mums von den Mitarbeiter*innen der «Aktion gegen den Hunger». Die Teilnehmerinnen dieses Projekts leben in Camps im Bundesstaat Borno. Hier im Nordosten Nigerias ist die islamistische Terrormiliz Boko Haram besonders aktiv. Über zwei Millionen Menschen mussten ihr Zuhause zurücklassen und leben nun oft ohne jede Infrastruktur. Mangelernährung ist eine der Konsequenzen.

Die «Aktion gegen den Hunger» richtet sich mit dem Projekt «Porridge Mums» an die verletzlichste Gruppe unter den Binnen-geflüchteten: an Schwangere und stillende Mütter mit Kindern unter fünf Jahren. Für sie sind Nährstoffe besonders wichtig, sie

fehlen ihnen jedoch oft. «Wenn ein Mensch vertrieben wurde, isst er, um satt zu werden. Er achtet nicht auf Nährwerte.» Leiterin Ruth Yakubu Mshelia setzt in diesem Projekt auf lokale Rezepte, die die Frauen bereits kennen, um die Ernährung zu verbessern. Sie und ihre Mitarbeiter*innen zeigen ihnen, wie sie bekannte Gerichte erweitern oder anders zusammensetzen können, damit sie mehr Nährstoffe enthalten. Da gibt es zum Beispiel den Tom Brown Porridge, einen Brei aus Hirse und Erdnüssen – mit Sojabohnen enthält er mehr Proteine. Oder den Irischen Kartoffelporridge, oder Porridge aus Yamswurzel und Bohnen. «Alle diese Nahrungsmittel kannten die Frauen schon vorher, sie haben sie nur anders zubereitet.»

Die neuen Gerichte kochen die Frauen zwei bis dreimal die Woche in der Gruppe. Die Zutaten kaufen sie bei lokalen Händler*innen mit Essensgutscheinen, die

sie von der «Aktion gegen den Hunger» bekommen. «Dadurch lernen sie, Ressourcen zu verwalten und finanzielle Entscheidungen zu treffen.» Die Männer werden miteinbezogen, denn sie entscheiden oft, was für die Familie gekauft wird. Die Mitarbeiter*innen des Projektes klären deshalb auch sie zu Beginn des Projektes darüber auf, dass es nicht um die Quantität, sondern die um die Qualität bei der Zubereitung von Gerichten geht.

Doch bei den «Porridge Mums» geht es um mehr als Ernährung. Die Gruppe soll für die Frauen auch ein Ort des Austausches und der Geborgenheit werden. «Die «Porridge Mums» geben mir das Gefühl der Zugehörigkeit. Ich kann mich mit den Frauen identifizieren», zitiert die «Aktion gegen den Hunger» die Teilnehmerin Saide. «Wir sind durch ähnlich schmerzhaft Situationen gegangen. Wir besuchen einander oft, um zu reden oder einfach zusammen Radio zu hören.»

Projekt: Porridge Mums

Wo?: Bundesstaat Borno, Nigeria

Organisation: Aktion gegen den Hunger

Ziel: Das Projekt stellt nahrhafte Mahlzeiten für stillende und schwangere Geflüchtete sowie ihre Kinder unter fünf Jahren bereit. Den Frauen wird außerdem gezeigt, wie sie lokale Rezepte nahrhafter machen und dieses Essen auch im Alltag für ihre Familie leicht zubereiten können.





Männer sind an die traditionelle Rollenverteilung gewöhnt. Sie müssen aber mit an Bord geholt werden, wenn sich die Ernährung der Familien nachhaltig verbessern soll.

Projekt: Farmer Field Schools

Wo?: Distrikt Yumbe, Region West Nile, Uganda

Organisation: Welthungerhilfe

Ziel: Die Farmer Field Schools vermitteln landwirtschaftliche Techniken an Bäuer*innen. Sie unterstützen sie auch bei Fragen der Ernährung, versuchen, Frauen zu entlasten und informieren über den Anbau und den Nutzen mikronährstoffreicher Nahrungsmittel.

Uganda

«Wir haben die Männer einmal gefragt: Ist es okay, wenn ein Mann zu Hause kocht? Und überraschenderweise haben sie gesagt: Nein, niemals, das ist die Arbeit der Frau. Ein Mann sollte nicht mit einem Topf gesehen werden», erzählt Irene Nasasira. Sie arbeitet für die Welthungerhilfe als Nutrition Officer in Yumbe, ein Distrikt in der Region West Nile im Nordwesten Ugandas. Laut Welthungerindex litten im Jahr 2018 10,4 Prozent der Kinder in dieser Region an akuter Mangelernährung.

Die Welthungerhilfe führt hier sogenannte Farmer Field Schools durch. Dies sind Gruppen von Bäuer*innen, die zusammen landwirtschaftliche Techniken lernen und anwenden. Neben Einheimischen sind rund eine Hälfte der Teilnehmenden Geflüchtete aus dem Südsudan. Die Mehrheit ist muslimisch und lebt polygam.

Irene Nasasira nutzt die Gruppen auch, um mit ihnen über das Thema Ernährung zu sprechen und über die Rolle der Männer. So hat sie zum Beispiel auch gefragt: «Ist es okay, wenn ein Mann sein Baby ins Krankenhaus bringt?» Die Männer antworteten: «Nein, das ist die Arbeit der Frau. Sie ist so oft mit dem Baby zusammen und wir wissen nicht, was mit dem Baby los ist.»

In Yumbe erledigen die Frauen den Großteil der Hausarbeit. Sie dreschen und reinigen Getreide und Bohnen per Hand, kochen, holen Wasser, arbeiten im Garten. Bei so viel Arbeit bleibt wenig Zeit für die Kinder. Sie werden oft den ganzen Tag bei ihren Geschwistern oder Verwandten gelassen, zusammen mit wenig nahrhaften Mahlzeiten wie gekochte Süßkartoffel oder Mais. Babys werden seltener gestillt.

Bei den Treffen versuchen Irene Nasasira und ihre Mitstreiter*innen, den Männern zu vermitteln, dass sie ihren Frauen helfen müssen, damit die Kinder gut versorgt werden können. Dabei involvieren sie auch lokale und religiöse Führer. Doch der Wandel ist nicht leicht. Die Männer sind an die traditionelle Rollenverteilung gewöhnt. «Aber wir haben in einigen Haushalten Erfolg gehabt. Die Frauen haben uns gesagt: Oh mein Gott, ich kann nicht glauben, dass das passiert ist. Zuerst waren sie erschrocken, als die Männer auf einmal anfangen zu helfen.»

Die Gemeinschaft nimmt das neue Verhalten nicht immer gut auf. «Wenn ein Mann sein Kind badet, Wasser holt, Kleider wäscht, oder den Boden fegt, dann fragen die Leute. Dann ist da die Kritik der Gemeinschaft. Wir müssen sie dann ermuntern weiterzumachen.»

Selbstverständlich ist es auch ein Anliegen des Projekts, Frauen zu stärken. Die Landwirtschaft ermöglicht ihnen, eigenes Geld zu verdienen und damit unabhängig von ihren Männern einkaufen zu können. Doch Nasasira macht deutlich, dass es wichtig ist, Männer und Frauen gleichermaßen einzubeziehen. «Wenn wir uns nur um die Frauen kümmern, dann verursachen wir möglicherweise mehr häusliche Gewalt, weil die Männer nicht mitmachen.» Immer, das zeigt die Erfahrung, müssen sie mit an Bord geholt werden, denn sie spielen eine grundlegende Rolle für Ernährung der Familien.

Christina Focken studiert Global Studies in Berlin. Ihren Bachelor absolvierte sie in Regionalstudien Asien/Afrika und Gender Studies. Als Journalistin und Wissenschaftlerin beschäftigt sie sich unter anderem mit den Themen Feminismus und Geschlecht.

Die indische Ökonomin Soumya Gupta über die zentrale Rolle von Frauen in der Landwirtschaft und warum ein wirkungsvoller Weg aus Armut und Hunger ohne sie nicht zu schaffen ist.

«Wächterinnen der Ernährung»

Interview: Jana Prosinger

In einem ein Bericht von CARE heißt es, «Ausgegrenzt und zurückgelassen: Solange wir Frauen ignorieren, werden wir die Hungerkrise nicht lösen». Was genau ist damit gemeint und was müssten wir besser machen?

Soumya Gupta: Frauen spielen eine wichtige Rolle im Agrarsektor und stellen den Großteil der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Afrika südlich der Sahara und in Südasien. Gleichzeitig sind sie die Wächterinnen der Ernährung in ihren Haushalten. Unsere Arbeit am Tata-Cornell Institute für Landwirtschaft und Ernährung (TCI) in Delhi hat gezeigt: Wenn wir Frauen stärken, insbesondere in der Landwirtschaft, führt das nicht nur für sie selbst, sondern auch für ihre Familien zum Beispiel zu einer abwechslungsreicheren Ernährung. Wir wissen darüber hinaus, dass das Wohlergehen von Müttern Auswirkungen auf die Gesundheit, die Lernfähigkeit und schließlich sogar das Einkommen ihrer Kinder hat. Das findet viel zu wenig Beachtung, Frauen bekommen zu wenig Zugang zu Bildung und wichtigen Ressourcen.

Gleichzeitig sind Frauen und Mädchen auch besonders von Hunger und Unterernährung bedroht ...



... und diese Kluft hat sich seit der Covid-19-Pandemie noch vergrößert. Schätzungen gehen davon aus, dass insgesamt 60 Prozent aller unterernährten Menschen auf der Welt Frauen und Mädchen sind. Die Versorgung mit Lebensmitteln innerhalb eines Haushalts hängt ja auch davon ab, wer welche Nahrung erhält. Manchmal bekommen Jungen oder Männer mehr, da sie das Haupteinkommen erwirtschaften und daher Investitionen in ihre Ernährung den größten Nutzen für den Haushalt bringen. Das führt dann zu den weiteren Folgen von Ernährungsunsicherheit wie Prostitution und Kinderheirat, eine häufige Überlebensstrategie, da dann ein Familienmitglied weniger zu ernähren ist.

Wie kann der Kampf gegen Hunger Frauen und Mädchen gezielter ansprechen und unterstützen?

Das muss auf verschiedenen Ebenen geschehen. Da ist die lokale Gesetzgebung, da sind nationale Initiativen und Programme erforderlich, da sind soziokulturelle Normen in Frage zu stellen. Frauen müssen Land besitzen und erben können. Sie brauchen angemessene Löhne. Wichtig ist, sie in Netzwerke einzubinden und so den Zugang zu erschwinglichen Lebensmitteln zu ermöglichen. Ernährungsprogramme könnten bestimmte Lebensphasen wie Schwangerschaft oder Stillzeit begleiten, Informationen über Mangelernährung und Gesundheitsvorsorge sind unentbehrlich, um Unterernährung und entsprechenden Krankheiten vorzubeugen. Kommunikationsprogramme helfen, soziokulturelle Normen und Tabus anzusprechen und hier eine Bewusstseins- und Verhaltensänderung zu bewirken – auch diese Ebene gehört dazu, um die Lage von Mädchen und Frauen zu verbessern.

Was muss auf internationaler Ebene geschehen?

Wir müssen in eine Dateninfrastruktur investieren, um wirksam messen zu können, wo wir Fortschritte machen. Wir haben zwar viele Daten von nationalen Statistikämtern, brauchen aber dringend auch nationale und subnationale Erhebungen, um Indikatoren wie Lebensmittelpreise, Zugang der Haushalte zu Lebensmitteln und Ungleichheiten beim Lebensmittelkonsum zwischen Haushalten zu erfassen.

Was macht Ihnen in Bezug auf Hunger und Frauen die größten Sorgen?

Mich beunruhigt, dass viele Errungenschaften im Bereich Ernährung von Frauen durch die aktuelle Covid-19-Pandemie wieder zunichte gemacht werden. Seit Ausbruch der Pandemie mussten auch viele Haushalte Einbußen hinnehmen – insbesondere in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Hinzu kamen Engpässe auf den lokalen Lebensmittelmärkten, das erschwerte den Zugang zu einer nährstoffreichen und abwechslungsreichen Ernährung weiter. Das heißt nicht, dass gesunde Ernährung vor der Pandemie für Arme erschwinglich war. Wie schockierend unerschwinglich gesunde Ernährung ist, wurde sowohl im Rahmen unserer Arbeit in Indien als auch von der FAO weltweit ausführlich dokumentiert.

Was stimmt Sie bei allem ein wenig hoffnungsvoll?

Ich bin zuversichtlich, dass wir in Zusammenarbeit mit dem Food Systems Summit der Vereinten Nationen immer besser verstehen werden, wie die verschiedenen Ursachen von Hunger und Unterernährung zusammenhängen, und dass wir dann faktengestützte, kontextspezifische Maßnahmen zu deren Bekämpfung entwickeln.

Soumya Gupta forscht als Ökonomin beim Tata-Cornell Institute für Landwirtschaft und Ernährung in Delhi an der Schnittstelle von Ernährungssicherheit, Landwirtschaft und Ernährung von Müttern und Kindern. Derzeit konzentriert sie sich als Mitwirkende am TARINA-Projekt des TCI auf Forschungsdesign, Projektdurchführung und -bewertung sowie empirische Forschung. Soumya wurde vom International Council for Research on Women mit dem erstmals verliehenen Paula Kantor Award for Excellence in Field Research ausgezeichnet.

Jana Prosinger ist Leiterin der Global Unit for Feminism and Gender Democracy der Heinrich-Böll-Stiftung in Sarajevo (Bosnien und Herzegowina).

Essay: Felistus Mwalia

Das ist keine Hausarbeit

Die Agrarökologie hat sich als ein Konzept gegen die industrielle Landwirtschaft etabliert – auch, weil sie Gesellschaft und Machtverhältnisse stets mitdenkt: Sie bietet den Rahmen für die Gleichberechtigung von Frauen in der Landwirtschaft.



Ökologischer Kartoffelanbau im Albulatal im Schweizer Kanton Graubünden.

Lebensmittel sind weltweit ein wichtiges Thema, das in all seinen Aspekten kritisch hinterfragt wird. Von der Erzeugung über Verarbeitung und Vertrieb bis hin zu Fragen des Zugangs. Dies liegt teils daran, dass wir Lebensmittel zunehmend als Grundrecht begreifen – also als eine Notwendigkeit des Lebens und nicht nur als Ware, mit der wir handeln und die wir immer wieder neu erfinden, ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Auswirkungen zu nehmen. Bei der Diskussion, die wir derzeit führen, geht es allerdings hauptsächlich um den besten Ansatz für unsere Lebensmittel- und Landwirtschaftssysteme. Und um die Frage, wie Hunger und Unterernährung am besten beizukommen ist – jetzt und in Zukunft.

Die Agrarökologie hat sich als wichtiger Ansatz für die Gestaltung von Lebensmittel- und Landwirtschaftssystemen etabliert. Sie bietet Antworten auf dringende Fragen: Welche Auswirkungen haben unsere Agrarökosysteme auf unsere Gesundheit? Wie muss Lebensmittelproduktion in Zeiten des Klimawandels gestaltet werden? Agrarökologie trägt den Handelsfragen in einer globalisierten Welt Rechnung, denkt Machtverhältnisse und demokratische Standards stets mit. Dabei ist Agrarökologie weder als Begriff noch als Ansatz neu – es gibt sie schon seit vielen Jahren. In letzter Zeit aber erhält das Konzept mehr Aufmerksamkeit und Zuspruch. Denn immer mehr Menschen sind davon überzeugt, dass Agrarökologie der praktikabelste Ansatz für nachhaltige Lebensmittelsysteme ist. Der Ansatz weist über den landwirtschaftlichen Betrieb hinaus, indem er sich auch mit dem sozialen und politischen Kontext befasst, in dem die Lebensmittelwertschöpfungsketten ablaufen. Er bezieht die Gesamtgesellschaft mit ein, unabhängig von Geschlecht, sozioökonomischem Status und Alter. Sie stärkt die Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel und Marktschocks. Und stärkt zugleich kleine und große Erzeuger*innen.

Die Agrarökologie hat sich als Gegenkonzept zur industriellen Landwirtschaft etabliert. Denn dort herrscht eine übermäßige Abhängigkeit von Saatgut und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, angeboten von nur einigen wenigen Unternehmen, die dadurch die Marktmacht innehalten und sämtliche Produktions- und Vertriebssysteme für Betriebsmittel kontrollieren. Die Folgen sind erheblich: steigende Lebensmittelkosten, mangelnde Unabhängigkeit kleiner landwirtschaftlicher Betriebe und eine Schwächung der Ernährungssouveränität von Nationen, Gemeinschaften und Haushalten. Die industrielle Landwirtschaft hat zu mehr Hunger in der Welt geführt und die Grundlage der globalen Nahrungsmittelsysteme zerstört – Böden, Saatgut und Artenvielfalt. Außerdem haben sich Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in Landwirtschaft und im Lebensmittelsektor verschärft und die Dominanz der Männer zu Lasten der Frauen verstärkt.

Frauen werden im Rahmen derzeitiger Lebensmittel- und Agrarsysteme ohnehin kaum berücksichtigt. Zusätzlich stehen Frauen in ländlichen Gebieten vor zahlreichen Herausforderungen. Sie haben zum Beispiel einen begrenzten Zugang zu Land und anderen produktiven und finanziellen Ressourcen wie Bildung und Gesundheitsversorgung, ländlichen Beratungsdiensten und Märkten. Die Anpassung an den Klimawandel fällt ihnen so ungleich schwerer und Beschäftigungsmöglichkeiten sind rar. Diese Ungleichheiten führen dazu, dass Frauen sowohl von der politischen Entscheidungsfindung als auch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden – und stattdessen sexueller Ausbeutung und häuslicher Gewalt ausgesetzt sind.

Frauen auf dem Land sind am stärksten von Ernährungsunsicherheit betroffen. Laut dem SOFI-Bericht 2021 (State of Food Security and Nutrition) hat sich die geschlechterspezifische Diskrepanz in Bezug auf mäßige oder schwere Ernährungsunsicherheit im Jahr der Covid-19-Pandemie noch verschlimmert. Im Jahr 2020 waren zehn Prozent mehr Frauen von mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen als noch 2019 (sechs Prozent). Darüber hinaus wird die meiste von Frauen in ländlichen Familien geleistete Arbeit wirtschaftlich nicht honoriert, da sie als Subsistenzarbeit angesehen wird: Im Rahmen der sozialisierten Geschlechterrollen fällt sie unter die Verantwortlichkeiten der Frauen. Ihre landwirtschaftlichen Tätigkeiten werden häufig als Hausarbeit betrachtet.

Die Agrarökologie ist eine Alternative zu den ungleichen Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern in ländlichen und städtischen Gesellschaften, denn sie bietet Instrumente und Wege zur Überwindung der Frauenunterdrückung. Durch den Ansatz der Agrarökologie werden Frauen auf dem Lande gestärkt, anerkannt und sichtbar. Außerdem fördert Agrarökologie bessere wirtschaftliche Möglichkeiten für Frauen. Diversifizierung schützt Erzeuger*innen vor Risiken wie Wetter- und Marktschwankungen, verbessert die Lebensmittel- und Ernährungssicherheit der landwirtschaftlichen Haushalte und verringert die Abhängigkeit von gekauften Lebensmitteln. Und letztlich strebt die Agrarökologie vor allem ein gerechteres System an: Wo sie umgesetzt wird, können alle Formen von Ungerechtigkeit (nicht nur in Bezug auf Frauen) sichtbar gemacht und so abgebaut werden. Es reicht allerdings nicht aus, Frauen einfach nur in Prozesse einzubeziehen: Tatsächliche Integration bedeutet, dass Frauen von Anfang an eingebunden sein müssen. Sie müssen die Dinge mitgestalten.

Aus all diesen Gründen gilt die Agrarökologie als eine Chance und ein Rahmenwerk, in dem Frauen das Lebensmittelsystem und die Wirtschaft von Grund auf verändern können. Zuletzt hat eine von La Vía Campesina und der Nationalen Vereinigung der Kleinbauern (ANAP) in Kuba durchgeführte Studie eindrücklich gezeigt, dass die Umstellung von monokultureller Landwirtschaft auf Agrarökologie die traditionellen Geschlechterrollen und Machtverhältnisse innerhalb von Bauernfamilien verbessert hat.

Es besteht ein immenses Potenzial, durch Förderung der Agrarökologie Frauen und feministische Stimmen in ländlichen Gesellschaften zu stärken und zu fördern. Konzept und Philosophie der Agrarökologie zielen zwar schon grundsätzlich auf eine Gleichstellung von Männern und Frauen ab, doch bedarf es eines starken feministischen Ansatzes, damit keine patriarchalisch geprägte Agrarökologie entsteht. Die Bewegung für Ernährungssouveränität und die feministische Bewegung reagieren beide auf komplexe politische Kämpfe. Da die Agrarökologie eine gerechte und faire Gesellschaft gestalten helfen kann, müssen die Akteur*innen beider Bereiche ihre Bemühungen unbedingt bündeln – für Geschlechtergerechtigkeit und ein Recht auf Nahrung für alle.

Warschau – die vegane Hauptstadt

Auch wenn das Vorurteil sich hartnäckig hält, dass traditionelle polnische Küche selten ohne Fleisch auskommt: Vegane Ernährung boomt und ist schon lange kein Nischenangebot mehr. Polens Metropole ist grün. Vor allem, was das Speiseangebot betrifft.

Text: Anna Jakubowska

Ich bin Vegetarierin seit dem 16. Lebensjahr, und Veganerin seit dem 20. Ich bin zwar noch jung, aber ich erinnere mich an eine Zeit, in der es eine Herausforderung war, auswärts zu essen, in der ich für veganen Joghurt durch die halbe Stadt fahren musste und in der ich veganes Gebäck nur in meiner eigenen Küche zubereiten konnte. Langsam jedoch entwickelte sich die vegane Gastronomie in Warschau und öffnete uns die Augen für neue kulinarische Möglichkeiten.

Der Siegeszug des veganen Burgers, der die pflanzliche Küche populär machte, nahm mit der Kette *Krowarzywa* seinen Anfang. Das erste Lokal von *Krowarzywa* war im Stadtzentrum, klein und ein Geheimtipp, dort wurden *Jaglanex* (Hirsegrützeburger), *Seitanex* (Seitanburger) und *Cieciorex* (Kichererbsenburger) auf ökologischen Einwegtellern aus gepresster Kleie serviert. Ich saß auf einem bunten Holzhocker, neben mir auf den Bänken junge tätowierte Vegetarier/innen und Manager/innen in schicken Anzügen, die ihre Mittagspause nutzten, um sich einen Rote-Bete-Burger mit großzügiger Portion veganer Mayonnaise zu holen. Mittlerweile hat *Krowarzywa* allein in Warschau fünf Restaurants und weitere in anderen polnischen Städten. Die besondere Atmosphäre des kleinen Lokals ist zwar nicht mehr so zu spüren, doch die Burger werden weiter nach den alten Rezepten gemacht und sind immer noch so gut.

Bald gab es andere pflanzliche Speisen im Angebot und weitere Restaurants in Warschau – von Hotdog-Bars über schicke italienische Pizzerias bis hin zu hervorragenden Sushi-Restaurants und der traditionell polnischen Küche. Bereits im Jahr 2017 belegte Warschau den dritten Platz im HappyCow-Ranking der veganfreundlichsten Städte der Welt, gefolgt von New York, London und San Francisco. Nach wie vor ist die Stadt in den Top 10. Derzeit gibt es dort über 60 rein vegane Restaurants und doppelt so viele vegetarische. Wie das *Lokal Vegan Bistro*. Es zeigte, dass polnische Hausmannskost auch ohne Fleisch auskommt.

Als junge Veganerin genoss ich jede Mahlzeit, die kein Fleisch und keine Milch enthielt. Aufgewachsen bin ich aber in einem Elternhaus, in dem fast jeden Tag Fleisch auf dem Tisch stand, in Form



von Schweinekoteletts, Buletten, Gulasch – alles typische Gerichte der polnischen Küche der 90er Jahre. Viele Menschen, die auf Fleisch verzichten, sehnen sich nach dem Geschmack der Gerichte, die sie von den Familienmahlzeiten und aus der Schulkantine kennen. Dies ist vielleicht der Grund für den enormen Erfolg des veganen Schnitzels *Schabowy* im *Lokal Vegan Bistro*.



Das *Peaches Gastro Girls* ist ein beliebter Treffpunkt mit einem bunt gemischten Publikum

Veganes «Schweinekotelett» *Schabowy* mit Dill-Kartoffeln und *Mizeria*, Gurkensalat mit saurer veganer Sahne, schmecken dort genauso gut wie die Gerichte aus früherer Zeit. Das zeigt, dass Veganismus weder mit Verzicht einhergehen noch besonders raffiniert und exotisch sein muss. Vegane Gerichte basieren nicht immer auf neuen, unbekanntem Zutaten. Ganz im Gegenteil, sie können genauso vertraut und bekannt sein wie die Tomatensuppe bei Oma, «Hering in Sahne» oder regionale Kartoffelkuchen *Babka ziemniaczana*. Das ist auch die Philosophie vom *Lokal Vegan Bistro* – traditionell, bekannt, wie bei Oma schmeckend, nur ohne Fleisch und Tierprodukte.

Joanna Maria Stolarek leitet seit eineinhalb Jahren das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Polen, bei ihrer kulinarischen Reise durch Polens Hauptstadt machte sie die Erfahrung, dass traditionelle polnische Speisen mit so viel Phantasie und so schmackhaft zubereitet werden, dass sie sich manchmal schon beim Personal vergewissern musste, ob alles tatsächlich rein pflanzlich ist. Ihr Lieblingslokal ist das *Leonardo Verde*. «Das Schnitzel dort und der Gurkensalat mit Sahne aus Sonnenblumenkernen machen süchtig», sagt sie und lacht.

Das Lokal zeigt sein soziales und politisches Engagement bei Tierhaltungs- und Klimafragen, aber auch bei anderen gesellschaftlich relevanten Themen. Bereits am Eingang wird man mit einer großen Regenbogenflagge begrüßt, als Zeichen der Unterstützung für die LGBTIQ+-Community in Polen, und einem Plakat «Free Belarus». Der Ort wurde von einer Gruppe von Freunden gegründet, die eine Sozialgenossenschaft namens «Margines» ins Leben riefen, um über die üblichen Formen des Unternehmertums hinauszugehen und die Tradition der polnischen Genossenschaftsbewegung wiederzubeleben. «Es war diese Bewegung, die die polnische Wirtschaft aufgebaut hat, es waren nicht die privaten Eigentümer. In kapitalistischen Systemen, insbesondere in dem Polens, wird der menschliche Faktor in den Hintergrund gedrängt», sagte einer der Gründer



Die «Kollektivmitgliederrinnen» des veganen Restaurants *Sluszna Strawa*

im Jahr 2014 in einem Interview mit Polens größter Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*.

Man könnte meinen, dass das Lokal ein Nischenklientel anzieht. Es wurde aber schnell populär, auch bei Promis, und man trifft dort heute eine bunte Mischung aus Schriftsteller/innen, Aktivist/innen und liberalen Politiker/innen.

Hinter den Restaurants verbirgt sich eine bunt gemischte Szene: Von sozialen Genossenschaften, religiösen Gruppen, Freundinnen und Küchenchefinnen, Enthusiasten der japanischen Popkultur bis hin zu Programmierern – alles ist dabei. Wie zum Beispiel Michał, Mitbegründer des IT-Unternehmens *CD Projekt*, das durch das Computerspiel *The Witcher* internationale Anerkennung erlangte. Er betreibt heute die rein vegane Kneipe *Wegeguru* auf dem legendären Plac Zbawiciela, einer der Warschauer places to be. So vielfältig wie die Gruppe der Gründer/innen ist auch der Kundenkreis der veganen Restaurants: nicht nur linke Hipsters, Vegetarier/innen und Radfahrer/innen kommen hierher, auch nicht nur Menschen mit relativ hohem Einkommen. In dem *Café Kryzys* auf dem Syrena-Squat Gelände zum Beispiel wird vollständig vegane Küche serviert – hungrige Gäste können für ihre Mahlzeit einen niedrigeren «Krisen»-Preis und einen höheren «Solidaritäts»-Preis zahlen. Das ist das günstigste vegane Essen in Warschau, nicht nur für Leute, die sich mit den Bewohner/innen von Syrena solidarisieren wollen.

Soziales Engagement zeichnet viele vegane Gastronomien aus. *Sluszna Strawa* ist ein veganes Restaurant und Catering, das von einem Kollektiv im Jahr 2020 gegründet wurde. Die Gruppe setzt sich überwiegend aus in Warschau wohnenden Migrant/innen und geflüchteten Menschen zusammen. Die Idee des Restaurants war es, die Menschen zu unterstützen, die ihre ersten Schritte im Land Richtung Selbstständigkeit machen und eine anständig bezahlte Beschäftigung suchen, wo sie frei von Diskriminierung und Rassismus arbeiten können. Die Chefinnen, Harugu aus Eritrea, Mayssoon aus dem Irak, Julia aus Belarus und Gurdip aus Indien kochen veganes Essen nach den Rezepten aus Orten und Ländern, die sie verlassen mussten. Zu den beliebtesten Gerichten gehören tschetschenische *Manty*, irakisches Fladenbrot *Lahme bi Ajeen* und eritreische *Sambusa*.

Das *Peaches Gastrogirls* ist ein weiteres Projekt, das während der Pandemie entstanden ist. Die Freundinnen Kaludia und Monika verloren während des Lockdowns ihre Arbeit, lebten zusammen und kochten die Gerichte, die sie vermissen. Mit einer Spendensammlung auf einer Website eröffneten sie ein veganes Catering-Unternehmen, das heute, weniger als ein Jahr später, zu einem Restaurant geworden ist, in dem man kaum einen Tisch am Abend bekommt. Die Speisekarte ist durchdacht und kombiniert verschiedene kulinarische Traditionen von japanisch bis mexikanisch. Ähnlich sieht es mit der Einrichtung aus. Die Räume sind in Grüntönen gehalten, Pfirsichorange dekorieren appetitlich – daneben findet man Erinnerungstücke aus dem kommunistischen Polen – hohe Blumen-

ständer aus Metall und Duralex-Geschirr. Das Restaurant vereint also vielfältige kulinarische und ästhetische Vorlieben der Gründerinnen, ihr weltanschauliches Fundament ist neben dem Veganismus auch der Feminismus. «Die «Köchin» ist in unserer Vorstellung immer noch die Dame aus der Schulkantine. Bei uns gibt es Küchenchefinnen und Sous-Chefinnen. Wir müssen auch Mädchen in einer professionellen Küche zeigen», sagen die Gründerinnen Klaudia und Monika.

Unternehmerinnen sind in der veganen Gastronomie Warschaws sehr präsent und prägen sie entscheidend mit. Ein weiteres Frauenteam bilden Maja und Basia, die Gründerinnen vom *Vegan Ramen-shop*. Das Lokal wurde 2017 als erstes Ramen-Restaurant in Warschau eröffnet. In einem winzigen Raum saßen die Gäste zwischen japanischen Postern mit Rilakkuma-Bären und Godzilla-Figuren und machten sich auf ihre ersten veganen Entdeckungstouren. *Vegan Ramen-shop* ist ein Tempel des Umami-Geschmacks – des sogenannten sechsten Geschmacks, dessen Intensivität gewöhnlich mit Fleischprodukten verbunden wird. Die Ramen-Mädchen räumen mit diesem Mythos auf. Die vor Ort zubereiteten Suppen mit Nudeln sind wahre Meisterwerke. Die Köchinnen ziehen intensive Aromen aus Pflanzen und verwenden dabei klassische Zutaten wie Sojasauce, Algen, Miso-Paste, Pilze oder Tomaten. Ein weiterer Ort, der davon zeugt, dass vegane Küche nicht fade und asketisch sein muss. «Diese Küche hat nichts mit einer Diät zu tun! Wenn mich jemand fragt, wie viele Kalorien unsere Schüssel Ramen hat, antworte ich, dass es wahrscheinlich etwa Tausend sind. Es soll hedonistisch sein, obwohl es rein pflanzlich ist», sagt Maja vom *Vegan Ramen-shop*.



Das bekannteste vegane Duett besteht aus Malka Kafka und ihrer Lebensgefährtin Laura Monti. Ihnen gehört das israelische Restaurant *Tel Aviv*, eines der ersten rein vegetarischen Restaurants in Warschau. Schon 2010 machte Malka die Warschauer Kundschaft mit Hummus, Pita und israelischen Pickles vertraut. Schon ein paar Jahre später wurde das *Tel Aviv* vegan, ganz nach der Entwicklung ihrer Gründerinnen. Malka und Laura setzen sich zudem für die Rechte von LGBTIQ+-Menschen in Polen ein und nutzen ihre Restaurants als Plattform für verschiedene Solidaritätsaktionen. Allein in Warschau gibt es schon sieben Filialen, auch in anderen polnischen Städten wurden bereits Restaurants eröffnet. Und das in Zeiten der Pandemie.

Die veganen Gastronomiebetriebe verraten trotz ihres Erfolges nicht ihre Ideale. Sie kochen und backen vegan, weil sie es aus ethischen Gründen ablehnen, Tiere für menschliche Ernährung zu nutzen, weil sie nachhaltig und ökologisch wirtschaften und etwas für den Klimaschutz tun möchten. Es ist den Restaurants, Bäckereien und Bars gelungen, veganes Essen populär zu machen und aus der Nische zu holen. Auch widerlegen sie das Vorurteil, vegane Küche sei elitär und nur einer kleinen Gruppe von Idealisten zugänglich. Veganismus ist in Warschau ein politisches und ethisches Statement, steht aber gleichzeitig für Geschmack und Qualität, was auch Fleischesser/innen und Flexitarier/innen anzieht. Ein wirklicher Ansatz für den sozialen Wandel, bei dem die pflanzliche Ernährung immer mehr zu unserem Alltag gehört. Smacznego! Guten Appetit!

Anna Jakubowska ist Kulturanthropologin. Sie beschäftigt sich mit ländlichen Gebieten und Landwirtschaft und ist Koordinatorin des Programms der Europäischen Agrarpolitik im Warschauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung.

Kainyu Njeri gehört zur Route to Food Alliance in Kenia – ein Land, in dem es ein Recht auf Nahrung gibt und die Menschen trotzdem hungrig ins Bett gehen. Ein Gespräch über die chronische Ernährungsunsicherheit in Kenia und den Versuch, sie zu überwinden.

«Das sind meine Leute»

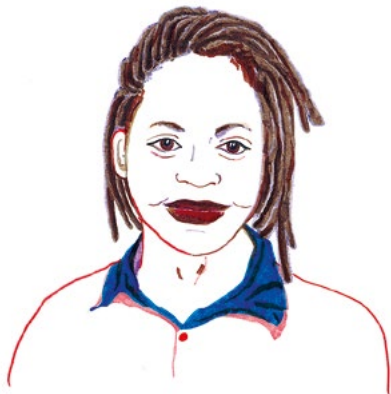
Interview: Layla Liebetrau

Böll Thema: Kai, seit wann gehören Sie der Route-to-Food-Initiative an und wie haben Sie davon erfahren?

Kainyu Njeri: Ich bin im Oktober 2020 beigetreten, nachdem ich ein Video auf Instagram über giftige Pestizide gesehen hatte. Im Video kamen bekannte kenianische Persönlichkeiten vor, das hat meine Aufmerksamkeit erregt. Ich habe dann die Website gesucht – und wurde Mitglied. Fast ein Jahr später habe ich bereits viele wertvolle Erfahrungen gemacht – nun will ich meinen Freundeskreis dafür gewinnen, mitzumachen.

Was hat Sie bewogen, dem Bündnis beizutreten?

Ich war gerade aus den USA zurückgekehrt, wo ich mit Landwirt*innen zu tun hatte, die regenerativen Anbau betreiben. Ich war also neugierig, was in diesem Bereich in meinem Heimatland passiert. Ich wollte wissen, wer hier in Kenia die Vorhut regenerativer Landwirtschaft und alternativer Lebensmittelsysteme ist. Als ich den Instagram-Beitrag gesehen habe, dachte ich: «Das sind meine Leute.» Das aktivistische Element der Initiative hat mich ebenfalls angesprochen. Ich hatte das Gefühl, dass hier etwas passiert, zu dem ich beitragen, woran ich aber auch wachsen kann.



Was will das Bündnis erreichen?

Ein Großteil unserer Arbeit besteht darin, Kenianer*innen über Ernährungssouveränität aufzuklären und zu vermitteln, mit welchen Lebensmittelsystemen sich eine qualitativ hochwertige Lebensmittelversorgung sichern lässt. Man könnte sagen, dass wir über die ‚Food Gates‘ wachen. Mit einer koordinierten Plattform und vereinten Kräften behalten wir den Überblick darüber, was es an Gesetzgebung und politischen Initiativen in Bezug auf unser Recht auf Nahrung gibt. Diese Erkenntnisse wollen wir nutzen, um die Kluft zwischen hochrangigen politischen Gremien und der Realität vor Ort zu überbrücken.

Wie organisiert sich das Bündnis und wer kann beitreten? Erzählen Sie uns ein wenig über die Mitglieder und die Art der Aktivitäten, die die Gruppe als Kollektiv durchführt.

Um ehrlich zu sein, versuche ich das selbst noch zu durchschauen. Ich bin ein neues Mitglied. Ich denke, wir sind noch dabei, uns zu organisieren. Vor Kurzem haben wir die ersten Schritte zur Ernennung eines Organisationskomitees unternommen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir uns regelmäßig treffen müssen, um die Gespräche in Gang zu halten und Ideen auszutauschen. Das Bündnis ist eine bunt gemischte Gruppe. Wir haben unterschiedliche berufliche und persönliche Hintergründe. Das ist eine großartige Ressource, denn wir können innerhalb unserer Gruppe auf Erfahrung und Fachwissen zurückgreifen. Ein interessantes Nebenprodukt des regelmäßigen Austauschs sind selbstorganisierte kleinere Netzwerke innerhalb unserer größeren Formation.

Wir gehen gegen den Einsatz giftiger Pestizide in Kenia vor und erkunden derzeit den Bereich Saatgutssysteme/

GVO, um herauszufinden, wo wir einen Beitrag leisten und Einfluss nehmen können.

Was ist die größte Herausforderung bei der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung in Kenia?

Es klafft eine große Lücke zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und der landwirtschaftlichen Entwicklungsagenda der Regierung, diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. Das kenianische Ernährungssystem ist voll struktureller Ungleichheiten, aufrechterhalten durch eine korrupte Volkswirtschaft und eine machtgerige Elite. Wir nutzen Kommunikationsmaterialien und schaffen Räume für Dialog. Damit wollen wir dem Status quo der chronischen Ernährungsunsicherheit ein anderes Narrativ entgegensetzen, damit Menschen erkennen, dass sich gegen Hunger und ungerechte Ernährung durchaus etwas unternehmen lässt. Die Agrarökologie ist dabei der organisatorische Rahmen, in dem wir Lösungen anbieten.

Das klingt nicht nach einer leichten Aufgabe ...

«Wenn ich es wage, mächtig zu sein, meine Kraft in den Dienst meiner Vision zu stellen, dann wird es immer unwichtiger, ob ich Angst habe», ich zitiere hier Audre Lorde.

Was bedeutet Ihnen die Mitgliedschaft in der Initiative?

Die Gemeinschaft mit anderen Gleichgesinnten und die Möglichkeit, meine Kreativität zum Ausdruck zu bringen. So habe ich beispielsweise für den UN-Gipfel für Ernährungssysteme ein Video mit dem Titel «Die Sprache der Resilienz» produziert. Der Film dokumentiert, wie wir widerstandsfähige Nahrungsmittelsysteme schaffen könnten, indem wir einheimische Wissenschaft und Weisheit in den Mittelpunkt stellen und insbesondere die Perspektive der Frauen einbeziehen.

Weitere Informationen und wie Sie der Route to Food Alliance beitreten können, erfahren Sie unter www.routetofood.org

Kainyu Njeri ist Regenerative Farm & Food Systems Designer und Mitglied der Route to Food Alliance in Nairobi.

Layla Liebetrau ist leitende Programmkoordinatorin der Initiative Menschenrecht auf Nahrung bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Büro Nairobi.

Für Wohlhabende gibt es in westlichen Gesellschaften keinen Mangel an Lebensmitteln, dafür ein wachsendes Bewusstsein für die Probleme, die mit ihrer Herstellung verbunden sind. Essen wird zu einem Baustein der Identität.

Überleben im Überfluss

Text: Jana Rückert-John

Ernährung ist ein Grundbedürfnis aller Menschen; sie müssen essen, um zu überleben. Dabei scheint die existenzielle Bedeutung der Ernährung in der Wohlstandsgesellschaft nahezu vergessen, denn in westlichen Industrieländern ist heute nicht nur die ausreichende Verfügbarkeit an Lebensmitteln für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung als Problem gelöst. Ebenso ist es Normalität, dass räumliche und zeitliche Restriktionen des Essens außer Kraft gesetzt sind. Im westlichen Kontext geht es heute weniger um die Grundsicherung der Ernährung der Bevölkerung. Vielmehr werden die Folgen der industrialisierten Erzeugung von Lebensmitteln diskutiert, die anstelle des Mangels ein Überangebot an Nahrung schaffen. Es geht um Fragen des Umgangs mit Nahrungswohlstand und Verschwendung, um Probleme der sogenannten Fehlernährung durch Überernährung. Und um gravierende ökologische Folgewirkungen westlicher Ernährungsstile.

Dieser gesellschaftliche Wandel vom Mangel zum Überfluss stellt historisch gesehen eine einmalige Situation in Deutschland dar. Er findet seinen Ausdruck unter anderem in den durchschnittlich sinkenden Lebensmittelausgaben der deutschen Privathaushalte. Betrug ihr Anteil im Jahre 1950 noch 44 Prozent – also fast die Hälfte des Haushaltseinkommens –, so nahm er über die letzten Jahrzehnte kontinuierlich ab und betrug 2019 nur noch 14 Prozent. Diese Entwicklung wurde lange Zeit als Anzeiger für Wohlstand diskutiert. Vor allem, weil Privathaushalten so in den letzten Jahrzehnten mehr Mittel für andere Konsumentscheidungen zur Verfügung standen. Als Problem erscheint diese Entwicklung allerdings, wenn sinkende Lebensmittelausgaben heute mit geringer Wertschätzung oder Lebensmittelverschwendung einhergehen. Dies könnte leicht als Zeichen für eine einseitige Wohlstandsdebatte missverstanden werden, wenn nicht offensichtlich wäre, dass Mangel und Hunger trotz Wohlstand auch in der Überflussgesellschaft anzutreffen sind.

Die gesellschaftliche Herausforderung des «Überlebens im Überfluss» fokussiert nicht nur auf die gesundheitlich relevanten Probleme der sogenannten Fehlernährung, sondern gleichermaßen auf die ökologischen Folgeprobleme entlang der gesamten Wertschöpfungskette von Lebensmitteln: der Produktion, der Verarbeitung, des Transports, der Zubereitung und des Verzehrs sowie des Wegwerfens. So lassen sich vor allem am Fleischkonsum gravie-

rende ökologische Problemlagen aufzeigen. Etwa der Flächen- und Wasserverbrauch, die hiermit verbundene Wasser- und Bodenverunreinigung, der einhergehende Biodiversitätsverlust, die enorme Klimabelastung – und nicht zuletzt tierethische Probleme.

Diese Art der Ernährung in der Überflussgesellschaft ist mit einer Zunahme an Komplexität verbunden, die von vielen als Zunahme von Unsicherheit und Unübersichtlichkeit empfunden wird. Neue Produkte, globale Produktionsstandorte, neue Herstellungsverfahren und der ‚ökologische Fußabdruck‘ verlangen Neuorientierungen der Konsumierenden und brechen mit «alten» Selbstverständlichkeiten. Bio-Erdbeeren zur Weihnachtszeit oder Spargel im Herbst aus Peru erscheinen dann nicht mehr verwunderlich. Diese Entwicklungen gehen einher mit einer zunehmenden Reflexion über die Art und Weise der Ernährung in der westlichen Wohlstandsgesellschaft, die ihren Ausdruck in den Fragen findet, was man essen kann, wie viel wovon und ob das alles überhaupt gesundheitlich zuträglich und umweltethisch vertretbar ist.

Der Überfluss an Nahrungsmitteln führt aber nicht nur zu einer allgemeinen Verunsicherung, sondern macht Ernährung auch verfügbar für Identitätsgewinne. Ernährungstrends und individuelle Ernährungsstile sind nicht nur Ausdruck einer Zunahme von Komplexität. Sie versprechen auch eine Reduktion von Komplexität, indem die Vielzahl der Möglichkeiten aus- und eingegrenzt wird mit der Absicht, Entscheidungssicherheit wiederzuerlangen. Darum werden Lebensmittel heute vor allem darüber definiert, was in ihnen nicht (sic!) enthalten ist, indem sie als «frei von» deklariert werden. Mit Ernährungstrends werden jeweils Ordnungssysteme aufgestellt, die Produktions-, Zubereitungs- oder Speiseregeln definieren. Das Essen dient damit nicht nur dem Sattwerden, sondern im entscheidenden Maße auch der individuellen Selbstbeschreibung, der Verfertigung von Identität. Die «Definition des Selbst» über die Auskunft, worauf man bei der Ernährung Wert legt und was man sich leisten kann, erfolgt dabei immer in Unterscheidung von und Abgrenzung zu anderen. Die zunehmende Moralisierung des Essens ist dann Teil der kollektiven Identitätsherstellung.

Jana Rückert-John ist Professorin für «Soziologie des Essens» an der Hochschule Fulda.



Text: Ali Nobil

Krieg. Macht. Hunger

Dass Menschen nichts zu essen haben – das ist auch das Ergebnis unverantwortlicher und böswilliger Kriegsparteien. An die Stelle der klischeehaften Worte und Bilder, die Fatalismus und Mitgefühl auslösen, muss eine Sprache der Verurteilung treten.



Ein Soldat aus dem Jemen posiert für die Kamera nach einem Zusammenstoß mit Houthi-Rebellen. Die Lage im Land ist dramatisch: Nahrungsmittel und Trinkwasser sind knapp, ein Viertel der Menschen ist unterernährt.

Was kommt uns in den Sinn, wenn wir an Hunger denken? Jahrzehntelange Kampagnen wohlmeinender Hilfsorganisationen und wohlwollig gesinnter Rockmusiker beschwören Bilder von hilflosen Opfern herauf – aber niemals von Tätern. Daher betrachten wir Hunger als ein Phänomen höherer Gewalt, verursacht durch Umweltkatastrophen und Überbevölkerung; die Lösungen sind immer technischer oder karitativer Art – niemals politisch.

Nach Jahrzehnten des kontinuierlichen Rückgangs nimmt Hunger seit 2015 wieder stetig zu. Deswegen ist es zwingend, Hunger als ein Problem mit anthropogenen Ursachen oder Lösungen zu verstehen. Hunger wird häufiger durch politische Entscheidungen und Versäumnisse von Regierungen verursacht als durch schieres Unglück oder Knappheit. Er wird zunehmend mit gewaltsamen Konflikten in Verbindung gebracht. Es ist also kein Zufall, dass neben Hunger auch Konflikte in den letzten Jahren zugenommen haben.

Dieser Zusammenhang spiegelt sich auch geografisch wider: Weltweit befinden sich 155 Millionen Menschen in 55 Ländern/Gebieten in einer Ernährungs- oder einer schlimmeren Situation. Für 100 Millionen von ihnen, in 23 der Länder, ist Konflikt

die Hauptursache dafür. Nach Schätzungen des Welternährungsprogramms (WFP), das fast 80 Prozent seines Budgets in Konfliktgebieten ausgibt, leben mehr als 65 Prozent der hungernden Menschen der Welt in nur zehn kriegsgebeutelten Ländern. Faktoren wie Erderwärmung und Pandemien verursachen und verschärfen Hunger in der Welt zwar immer stärker, doch bleibt die wichtigste «Variable» unbestreitbar: Krieg.

Konflikt und Hunger: Eine kausale Beziehung

Vieles deutet darauf hin, dass ein Kausalzusammenhang zwischen Hunger und Konflikten besteht – Krieg führt zu Hunger. In einigen Fällen sind die Zusammenhänge schockierend vorsätzlich und direkt: Auf ziviler Infrastruktur beruhende Nahrungsmittelsysteme werden absichtlich zerstört; Anbau und Vieh geraten ins Visier staatlicher und nichtstaatlicher Akteure. In anderen Fällen sind die Zusammenhänge weniger direkt, aber dennoch bewusst herbeigeführt: So werden beispielsweise neben militärischen Strategien auch Wirtschaftsblockaden und Einfuhrbeschränkungen verhängt, um Druck auf die Bevölkerung in bestimmten Gebieten auszuüben.

In anderen Fällen ergibt sich Hunger als unbeabsichtigte («strukturelle») Folge von Konflikten aus den Kriegswirren: Arbeitslosigkeit, steigende Lebensmittelpreise, gekappte Versorgungsketten und Vertreibung von Menschen in großem Umfang. Letzteres steht in engem Zusammenhang mit Hunger und Konflikt. Geflüchtete und Binnenvertriebene sind unter den hungernden Bevölkerungsgruppen besonders stark vertreten. Kurzfristig erschwert die Nahrungsmittelversorgung der Vertriebenen, dass sie sich in Lagern in abgelegenen Gebieten aufhalten, die für humanitäre Hilfeteams schwer zugänglich sind. Einige sind in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und sitzen zwischen Checkpoints quasi in der Falle, sodass Sekundärmigration als Überlebensstrategie unmöglich wird. Längerfristig sind viele derjenigen, die es in die städtischen Gebiete schaffen, mit Diskriminierung, Arbeitslosigkeit und Inflationsdruck konfrontiert, was den Zugang zu gesunden Lebensmitteln weiter erschwert. Auch diese Schwierigkeiten sind das Ergebnis politischer und wirtschaftlicher Veränderungen – nicht von schlechtem Wetter oder unglücklicher Fügung.

Jede dieser drei verschiedenen Erscheinungsformen konfliktbedingten Hungers lässt sich im Jemen und in Tigray beobachten, wo Regierungstruppen Aufstände niederschlagen, indem sie brutal gegen ihre eigene Bevölkerung Krieg führen. Im ersten Fall wurde der Konflikt von außen durch eine (von den Vereinigten Staaten unterstützte) Saudi-Koalition geschürt und internationalisiert. Im zweiten Fall haben die Truppen des Nachbarlandes Eritrea dazu beigetragen, dass rund 350.000 Zivilisten in eine Hungersnot geraten sind. Bei beiden Konflikten lässt sich eine Kombination aus direkten, indirekten und strukturellen Zusammenhängen zwischen Konflikt und Hunger feststellen.

Gleichzeitig spiegeln beide Szenarien eine allgemeine Tendenz wider: Weg von konventioneller Kriegsführung zwischen zwei uniformierten Armeen hin zu asymmetrischer, langwieriger ziviler Gewalt. An diesen sogenannten «neuen Kriegen» sind häufig nicht-staatliche Akteure beteiligt, die zum Leid der Zivilbevölkerung beitragen und es verschlimmern: Den Houthi-Rebellen im Jemen und in jüngerer Zeit der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) wurde jeweils vorgeworfen, dass sie humanitäre Organisationen wie das Welternährungsprogramm strategisch daran hindern, die hungernde Bevölkerung zu unterstützen.

Was ist zu tun?

US-Präsident Joe Biden hat vor Kurzem eine Neuausrichtung der US-Außenpolitik angekündigt, in der Diplomatie Vorrang vor Krieg hat. Dies ist eine willkommene Entwicklung. Ein Ende des Hyper-Nationalismus, der Kriegstreiberei und der nicht enden wollenden Konflikte der letzten Jahrzehnte ist unabdingbar, wenn der weltweite Hunger nicht weiter ansteigen soll. Es ist noch zu früh, um zu sagen, ob sich hier ein grundlegender Wandel ankündigt. Aber nach zwei Jahrzehnten des verheerenden und traumatischen «Krieges gegen den Terror» braucht es nichts Geringeres als einen «Krieg gegen den Krieg», in den Worten Joshua Goldsteins.

Auch die Wahrnehmung des Friedens muss sich ändern und seine positiven wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen müssen stärker betont werden. In den letzten Jahren wurde Frieden fälsch-



Kinder holen Wasser an einer karitativen Wasserstelle in Sanaa, Yemen am 28. Oktober 2021.

licherweise getrennt von den Prioritäten des Wirtschaftswachstums betrachtet – als eine Art optionales Extra und nicht als ein Kernstück von Entwicklung. Staaten wie Äthiopien, die in den letzten Jahren hohe Wachstumsraten zu verzeichnen hatten, betrachten Frieden wohl als ein weniger wichtiges Gut, das nichts mit der Entwicklung zu tun hat. In den kommenden Jahren muss die Förderung «friedlicher und inklusiver Gesellschaften» (SDG 16) sinnvoll in die Entwicklung integriert werden, damit die politischen Eliten sich (Bürger-)Kriege allein schon wirtschaftlich nicht mehr leisten können.

Wir brauchen stärkere Unterstützung für die hungernden Bevölkerungsgruppen. Neben humanitären Maßnahmen ist es entscheidend, die Rechte der durch Krieg entwurzelten Menschen zu stärken. Die bestehende Architektur zum Schutz für Asylsuchende wird von Unterzeichnerstaaten der Flüchtlingskonvention von 1951 und des dazugehörigen Protokolls von 1967 heute ausgehöhlt. Migrationspolitik muss von Grund auf neu gedacht werden und muss Hoffnung und dauerhafte Lösungen für Geflüchtete und Binnenvertriebene in den Lagern und weit darüber hinaus bieten.

Letztlich – und das ist vielleicht das Wichtigste – müssen die Verursacher von Hunger zur Rechenschaft gezogen werden. Wir müssen davon ausgehen, dass Hunger nicht einfach so passiert. Hinter Hunger steht Täterschaft. Wie Alex de Waal feststellt, ist das englische Verb «starve» transitiv: Es kann verhungern heißen – aber auch aushungern. Hunger sollte als das gesehen werden, was er wirklich ist: das Ergebnis unverantwortlicher, gefühlloser und böswilliger Kriegsparteien. An die Stelle der klischeehaften Worte und Bilder, die bei Betrachter*innen Fatalismus und Mitgefühl auslösen, muss eine Sprache der Verurteilung treten. Wo Hunger nachweislich auf klaren Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit oder Inkompetenz zurückzuführen ist, sollte er von internationalen Institutionen und Behörden stigmatisiert und geächtet werden. Nur so lässt er sich als die entsetzliche Massengräuelat, die er ist, bekämpfen.

Ali Nabil leitet das African Migration Hub der Heinrich-Böll-Stiftung in dem neuen Büro am Horn von Afrika.

«Den Houthi-Rebellen im Jemen und in jüngerer Zeit der TPLF wurde jeweils vorgeworfen, dass sie humanitäre Organisationen wie das Welternährungsprogramm strategisch daran hindern, die hungernde Bevölkerung zu unterstützen.»

UN Food Summit 2021: Kann man über Ernährung sprechen, ohne über Macht zu sprechen?



«Keine nachhaltigen Ernährungssysteme ohne gerechte Machtverhältnisse»

Text: Sofia Monsalve

Ernährungssysteme verändern zu wollen und dabei nicht explizit auf Machtverhältnisse einzugehen, ist im besten Fall naiv. De facto werden hierdurch Verantwortlichkeiten verschleiert. Machtvolle Akteure können ungestört von kritischen Fragen und Rechenschaftspflichten weiterhin ihre Interessen verfolgen – zum Schaden der Allgemeinheit.

Betrachten wir den Zugang zu Land: Etwa 80 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe sind kleiner als zwei Hektar; sie bedecken etwa zwölf Prozent der weltweiten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Hingegen kontrolliert ein Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe mehr als 70 Prozent der Agrarflächen. Landkonzentration ist zunehmend auch in der EU ein Problem, denn hier geht der freie Kapitalverkehr Hand in Hand mit den Subventionen der gemeinsamen Agrarpolitik, die an die Landfläche gebunden sind.

Eine starke Landkonzentration verleiht Großgrundbesitzer*innen viel Macht. Im Falle der EU bedeutet dies die Bevorzugung der Interessen großer Agrarproduzent*innen zum Nachteil der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Diese Diskriminierung hat verheerende Konsequenzen für eine dezentrale, möglichst lokale Versorgung mit Lebensmitteln. Sie beeinträchtigt den Erhalt der Biodiversität, die Landschaftspflege und unterminiert das praktische und traditionelle Wissen der Kleinbäuer*innen.

Ein weiteres Beispiel sind Pestizide. Die fünf größten Pestizidhersteller besitzen einen Weltmarktanteil von über 80 Prozent. Etwa ein Drittel ihres Umsatzes machen sie mit dem Verkauf für Mensch und Natur gefährlicher Pestizide. Diese sind meist in ihren Herkunftsländern verboten, werden aber in Länder mit unzureichender Regulierung exportiert: 25 bis 30 Prozent der in Brasilien am häufigsten verwendeten Pestizide werden nicht in ihren Herkunftsländern – darunter auch Deutschland – verkauft.

Trotz der enormen Schäden hat der Einsatz von Pestiziden drastisch zugenommen. Die Hersteller wenden aggressive Marketingtaktiken an und leugnen das Ausmaß der Schäden, indem sie darauf beharren, dass die ordnungsgemäße Anwendung sicher sei. Darüber hinaus betreibt die Industrie intensive Lobbyarbeit bei Regierungen und UN-Organisationen. So gaben im Oktober 2020 die Welternährungsorganisation (FAO) und CropLife International eine offizielle Partnerschaft bekannt. CropLife ist der internationale Lobbyverband der Agrarchemie-, Pestizid- und Saatgutbranche.

Angesichts der mangelnden Fortschritte bei dem Programm zur Beendigung von Hunger und Mangelernährung bis zum Jahr 2030 hatte UN-Generalsekretär António Guterres für den 23. September in New York einen Gipfel für Ernährungssysteme einberufen. Das Treffen wurde als Gelegenheit angekündigt, «mutige neue Maßnahmen» zu erörtern, die die Art und Weise, wie die Welt Lebensmittel produziert und konsumiert, verändern sollen.

Das Problem: Der Gipfel wurde zusammen mit dem Weltwirtschaftsforum erdacht. Und so gehörte am Ende die Infragestellung ungerechter Machtverhältnisse nicht zu diesen «mutigen Maßnahmen». Umverteilung von Land, das Verbot gefährlicher Pestizide, menschenrechtsbasierte Saatgutgesetzgebungen, aber auch die Besteuerung von ungesunder Nahrung, die Bekämpfung der Marktdominanz weniger Konzerne in zentralen Bereichen unserer Ernährungssysteme – allesamt Konflikte zwischen machtvollen Akteuren und marginalisierten Bevölkerungsgruppen und Ländern – spielen auf dem UN-Gipfel keine Rolle. Stattdessen setzt der Gipfel einseitig auf neue Technologien, die das Hungerproblem lösen sollen.

Durch das geschickte Ignorieren zentraler Themen dient der Gipfel daher der Machtfestigung von transnationalen Konzernen und den Ländern des Nordens im Weltagrarhandel. Auf diese Weise erlaubt es die UNO dem Agrobusiness, seine Kontrolle über Land, Wasser und Fischerei auszuweiten, kommerzielles Saatgut quasi zu monopolisieren und den Verkauf von Pestiziden und chemischen Düngemitteln als Lösung umzuetikettieren, anstatt die damit verbundenen Schäden anzuerkennen, geschweige denn zu beheben.

1948 erkannte die UNO an, dass Nahrung ein Menschenrecht ist. Mit dem naiven oder gewollten Ignorieren der Machtfrage wird der UN-Gipfel die Machtstellung von Konzernen ausweiten, anstatt der Stimme Hunderten von Millionen hungernden Menschen Gewicht und damit Hoffnung zu geben.

Sofia Monsalve ist Generalsekretärin der Menschenrechtsorganisation FIAN International, die sich für das Recht auf Ernährung einsetzt.

«Die UN kann Machtungleichgewichte nicht beseitigen – wohl aber dabei helfen, sie transparent zu machen und einen Wandel zu befördern»

Text: Martin Frick

Im letzten Jahr feierte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen den 75. Jahrestag ihrer Gründung. Die Situation der Welternährung hat sich in diesen 75 Jahren dramatisch verändert: Aus der Not, mehr produzieren zu müssen um hungernde Bevölkerungen zu versorgen, wurde über die Jahrzehnte eine zutiefst widersprüchliche Situation, in der mehr Lebensmittel produziert als benötigt werden, Hunger und Mangelernährung aber ansteigen. Das Diktat kurzfristigen Gewinns führte nicht nur zu unverantwortlicher Ausbeutung natürlicher Ressourcen, sondern auch zu stetig wachsenden Ungleichheiten zwischen Nationen und Menschen.

Wachsende globale Bedrohungen führten 2015 zur einstimmigen Annahme der Nachhaltigen Entwicklungsziele durch 193 Nationen. Doch auch wenn die Nachhaltigen Entwicklungsziele im Konsens beschlossen wurden, können die Vereinten Nationen keine Maßnahmen durchsetzen, um das Erreichen der Ziele zu ermöglichen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen kann aber Gipfeltreffen einberufen, um politische Aufmerksamkeit auf Kernthemen zu lenken. Der UN Food Systems Summit war aus dieser Perspektive der Versuch, die zentrale Rolle von Ernährungssystemen für das Erreichen der Nachhaltigen Entwicklungsziele zu beleuchten und eine Transformation hin zu mehr Fairness, Inklusion und Nachhaltigkeit zu beschleunigen.

Angesichts existentieller globaler Bedrohungen sind die Erwartungen an die Vereinten Nationen enorm: Sie sollen nicht nur den Interessen der Länder als Plattform dienen, sondern auch Missstände klar benennen und ambitionierte Ziele setzen – und diese auch durchsetzen. Und genau da kommen die Vereinten Nationen regelmäßig an ihre Grenzen. Denn wenn es um Kernfragen geht, wird nach wie vor die Karte der souveränen Nationalstaaten klar und hart ausgespielt.

Das traditionelle Modell, in dem die UN nur als Plattform für Verhandlungen zwischen souveränen Nationen dient, hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten fortentwickelt. Die Komplexität globaler Herausforderungen ist durch ein «governments only» nicht zu bewältigen. Oft gegen den Widerstand einzelner Länder ist es über Jahrzehnte gelungen, nichtstaatlichen Akteuren eine immer stärkere Rolle in UN-Prozessen zu gewähren – ein Beispiel ist die Organisation des Committee on World Food Security.

Der UN Food System Summit hat hierbei die Grenze wieder etwas mehr in Richtung Integration und Co-Creation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren verschoben. Die beiden wesentlichen Pfeiler des Gipfelprozesses waren zum einen die Länder- und unabhängigen Dialoge, zum anderen der sogenannte Action Track Prozess.

Mit zuletzt 147 Nationen, die nationale Dialoge durchgeführt haben, wurde der Ansporn, über Ernährung als System nachzudenken, in drei Viertel der Mitgliedsländer gebracht. Damit wurde die Intention des Gipfels in nationale Diskurse übersetzt, deren Ergebnisse wiederum in 165 nationalen Statements zu einem Teil des Gipfels wurden. Diese Oszillation zwischen einem globalen Prozess und nationalen Diskursen ist neu und ausbaufähig. Denkbar wäre zum Beispiel, dieses Engagement zu vertiefen zu einem freiwilligen Berichtsprozess, ähnlich etwa der Universal Periodic Review des Menschenrechtsrats oder auch des Prozesses der National Determined Contribution unter dem Pariser Abkommen.

Auch der globale Engagementprozess in den fünf sogenannten Action Tracks hat neue Impulse gesetzt. Geleitet von Expertinnen und Experten und nicht, wie sonst üblich, von Ländervertretern, haben die Action Tracks ein Leitungsteam von insgesamt über 500 Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, indigenen Gruppen, Kleinbauern und Wirtschaft vereint. Die Wirtschaft war dabei nur in Verbänden, nicht in Form individueller Firmen vertreten.

Während der Prozess sicher nicht perfekt war, so hat er doch eine Breite und Tiefe der Diskussion ermöglicht, die richtungsweisend sein kann. Das Thema «Governance» wurde in dieser Perspektive zu einer gemeinsamen Arbeitsplattform aller fünf Action Tracks mit vielen kritischen und hilfreichen Hinweisen auch für den Prozess selbst. Die Arbeit der Action Tracks und policy briefs zu den Themen Governance, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Gender, Innovation und Finanzen sind zudem online verfügbar: Das Kompendium zeichnet ein recht vollständiges Bild dessen, weshalb unsere Ernährungssysteme ein Treiber von Ungleichheit und Ungerechtigkeit sind, wie sehr Machtungleichgewichte in Ernährungssystemen manifest sind und wie natürliche Ressourcen durch falsche Produktions- und Distributionsmodelle in dramatischem Umfang zerstört werden.

Der Prozess des UN Food System Summit hat zumindest die Richtung gezeigt, wie ein inklusiver multilateraler Prozess im 21. Jahrhundert aussehen kann. Wie in allen UN-Prozessen – jetzt prominent in den Klimaverhandlungen in Glasgow – ist der Schlüssel zum Erfolg aber letztlich in den Händen der Regierungen der Mitgliedsstaaten.

Dr. Martin Frick ist Politik- und Programmdirektor der UNFCCC. Er war stellvertretender Leiter des UN Food Summits in New York.



Bedingt rechen- schaftspflichtig

Eine Lesart des Ernährungsgipfels
der Vereinten Nationen

Text: Jes Weigelt

Knapp 800 Millionen Menschen weltweit leiden Hunger, auch in wohlhabenden Ländern wie Deutschland können sich arme Haushalte häufig keine gesunde und ausgewogene Ernährung leisten. Jeder dritte Mensch weltweit leidet an krankhaftem Übergewicht. Schätzungen gehen davon aus, dass ein Drittel aller Lebensmittel gar nicht auf unseren Tellern landet: Sie werden weggeschmissen oder vergammeln auf dem Weg von Feld zur Vermarktung. Die Landwirtschaft und der durch sie hervorgerufene Landnutzungswandel (z.B. Entwaldung) ist für ein Viertel aller Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die Landwirtschaft gilt als einer der zentralen Treiber des Verlusts der biologischen Vielfalt.

Um diesen Trends zu begegnen, hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN) einen Gipfel durchgeführt, der sich der Transformation unserer Ernährungssysteme widmet (*United Nations Food System Summit*). Der Gipfel fand im Rahmen der UN-Generalversammlung im September 2021 statt. Unter Ernährungssystem werden alle Aspekte der Ernährung verstanden: von der Produktion über die Verarbeitung bis zum Konsum.

Am vorbereitenden Gipfel im Juli 2021 nahmen mehr als 20.000 Menschen online teil. Expert*innen von allen Kontinenten arbeiteten an Lösungsvorschlägen für die Transformation des Ernährungssystems. Aus diesen gingen sogenannte Koalitionen hervor, die diese Ergebnisse nun weitertragen sollen. Schulernährung und Agrarökologie sind zwei dieser Koalitionen. Im Kontext des Gipfels wurden seitens einer Vielzahl der UN-Mitgliedsstaaten nationale Strategien erarbeitet, wie die Ernährungssysteme in den Ländern transformiert werden sollen.

Die Organisation des Gipfels zog allerdings schon von Anfang an Kritik auf sich. Als Sonderbeauftragte für den Gipfel wurde Agnes Kalibata benannt. Agnes Kalibata ist seit 2014 Präsidentin der «Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika» (AGRA) (*Alliance for a Green Revolution in Africa*). AGRA steht für ein Modell der landwirtschaftlichen Entwicklung, das maßgeblich auf Produktivität setzt und alternative landwirtschaftliche Entwicklungsmodelle (z.B. Agrarökologie) nicht oder nur sehr eingeschränkt repräsentiert. Weite Teile der Zivilgesellschaft haben sich deswegen vom Gipfel abgegrenzt.

In der Substanz hat der Gipfel viel Wissen über eine nachhaltige Landwirtschaft zusammengetragen. In fünf sogenannten Handlungsarenen (*action areas*) haben Expert*innen Lösungs- und Transformationsansätze zusammengetragen. Gleichzeitig wurden zentrale Aspekte der gegenwärtigen Ernährungssysteme nur sehr am Rande behandelt. Dazu zählt die Machtkonzentration in den Händen einiger weniger Konzerne, zum Beispiel bei der Vermarktung oder der Produktion und dem Vertrieb von Saatgut. Kurz vor dem Gipfel wurde darüber hinaus die Handlungsarena zu «Governance der Ernährungssysteme» in eine zu «Finanzierung» (*means of implementation*) umgewandelt. Die Umsetzung von Menschenrechten wurde zu einem «Hebel» für Transformationen und damit auf eine Ebene mit Innovationen und Finanzierung gestellt.



Die schwangere Arot Isike vom Volksstamm der Turkana mit ihrem Kind bei einer Essensausgabe in der Nähe von Lodwar im Nordwesten Kenias. Die Turkana-Region gilt als die ärmste Region des Landes. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit in dieser ohnehin schon von Wasserknappheit gekennzeichneten Region treffen insbesondere die armen Haushalte.

Ob von den nationalen Strategien ein echter Transformationsimpuls für die Ernährungssysteme ausgeht, hängt von deren Ausgestaltung und Umsetzung ab. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen hat festgehalten, dass es im Kern Armut und Ungleichheiten sind, die ursächlich für Hunger und Fehlernährung sind. Wirkliche Transformationspfade für nachhaltige Ernährungssysteme setzen daher eine stärkere Rechenschaftspflicht von Regierungen gegenüber ihren Bürger*innen voraus. Vertreter*innen der Zivilgesellschaft betonen aber immer wieder, wie schwer es ihnen fällt, die Belange derjenigen in Politikprozesse einzuspeisen, die an Hunger und Fehlernährung leiden.

Die Transformation der Ernährungssysteme zur Umsetzung des Rechts auf angemessene Nahrung muss deswegen in strukturelle Änderungen der Beziehung zwischen Staat und Bürger*innen eingebettet sein. Genau zu diesem Punkt aber lieferte der Gipfel keine Ansatzpunkte.

Jes Weigelt leitet den TMG Think Tank for Sustainability in Berlin, zuvor war er Projektleiter des Global Soil Forum am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS).

Themenwoche

Alternative Grüne Woche vom
17. bis 22. Januar 2022

Wie jedes Jahr im Januar möchten wir im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe «Alternative Grüne Woche» mit unterschiedlichsten Akteuren ins Gespräch kommen und ausloten, wie eine zukünftige Landwirtschaft und unsere Ernährungssysteme gestaltet sein sollten, um das Klima und die Umwelt zu schützen, gesunde Ernährung für alle sicherzustellen und die Arbeit von Bauern und Bäuerinnen anzuerkennen. Alle Veranstaltungen finden Sie unter:

calendar.boell.de

Publikation

Armut.Macht.Hunger
Fakten zur globalen
Ernährung 2021

Im Jahr 2020 haben 768 Millionen Menschen unter Hunger und Mangelernährung gelitten. Das sind fast zehn Prozent der Weltbevölkerung. Die Welternährungsorganisation geht davon aus, dass diese Zahl weiter ansteigt. Mit unserer Publikation möchten wir zeigen, dass nachhaltige, gerechte und gesunde Ernährungssysteme möglich sind, doch dafür braucht es eine Politik, die die Bekämpfung von Hunger, den Schutz von Biodiversität und Klima sowie eine gesunde Ernährung in den Mittelpunkt stellt. Download der Publikation sowie mehr zum Thema in unserem gleichnamigen Dossier:

boell.de/armut-macht-hunger



Ernährungspodcast

Hunger & Fehlernährung (1/3)

Die erste Folge widmet sich den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ernährungssituation im globalen Süden und zeigt am Beispiel Südafrikas, warum die politische Diskussion um Hunger und seine Folgen dort schwierig ist.

Die Macht der Konzerne (2/3)

Diese Folge beschäftigt sich mit der Macht multinationaler Konzerne wie Danone, Coca-Cola oder Nestlé, die aus billigen Nutzpflanzen wie Raps, Soja, Mais und Zuckerrüben hochverarbeitete, ungesunde Nahrungsmittel produzieren.

Ernährungsarmut in Deutschland (3/3)

Fünf Euro pro Tag für Nahrung sieht der Hartz-IV-Satz in Deutschland vor. Viel zu wenig, um sich gesund ernähren zu können. Denn Obst und Gemüse sind teuer – Nudeln, Weißbrot und Zucker dagegen billig. Eine Mangelernährung ist oft die Folge. Warum das so ist und welche Wege es aus der Ernährungsarmut geben kann, zeigt dieser Podcast.

Pestizid-Atlas

In immer mehr Ländern der Welt sind Pestizide inzwischen ein fester Bestandteil der landwirtschaftlichen Produktion. Die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, auf Tiere und Pflanzen sind gravierend. Dennoch reagiert die Politik mehr als zögerlich. Der Atlas präsentiert Daten und Fakten rund um das Thema Pestizide und zeigt, wie es besser ohne sie gehen würde.

boell.de/pestizidatlas

Fleischatlanten

Unsere regelmäßig erscheinenden Fleischatlanten bieten kurze Essays und eine Vielzahl anschaulicher Abbildungen rund um den Fleischkon-

sum. Zuletzt erschien der «Fleischatlas 2021», der insbesondere die Probleme behandelt, die aus der industriellen Fleischproduktion entstehen.

boell.de/fleischatlas

Agrar-Atlas 2019

Unser Agrar-Atlas zeigt, dass kaum etwas von den fast 60 Milliarden Euro, die die EU jährlich für die europäische Landwirtschaft ausgibt, für gesunde Lebensmittel, den Schutz von Umwelt, Klima und Biodiversität oder den Erhalt von kleinen und mittleren Betrieben verwendet wird. Er zeigt aber auch, dass es falsch wäre, die Förderung der Agrarpolitik einfach abzuschaffen.

boell.de/agrar-atlas

Insektenatlas

Keine anderen Lebewesen sind so vielfältig wie Insekten – Schätzungen zufolge existieren mehr als zehn Millionen unterschiedliche Arten. Unsere Landwirtschaft wäre ohne die Bestäubung durch Insekten undenkbar, unsere Kühlschränke wären so gut wie leer. Und trotzdem werden Insekten gerade durch die Landwirtschaft massiv bedroht. Warum das so ist, welche Auswege möglich sind und viele weitere spannende Aspekte erklärt der Insektenatlas.

boell.de/insektenatlas

Böll.Thema

Die Natur braucht Schutz

Die Artenvielfalt ist stark bedroht, auch in den entlegensten Winkeln der Welt – Meere werden überfischt, Wälder abgeholzt und wertvolle Böden versiegelt. Wir wissen, welche Folgen dies hat und dennoch geht die Zerstörung von Ökosystemen unverdrossen weiter. Unser Böll.Thema zum Schwerpunkt «Biodiversität» beschäftigt sich mit der Frage, wie wir unsere Lebensgrundlage noch retten können.

www.boell.de/thema

«Warum ich Landwirtschaft studiere»

Text: Julia Thöring

Als Klimaaktivistin habe ich im letzten Jahr einen Großteil meiner Zeit damit verbracht, die öffentliche Skandalisierung eines Themas zu erreichen, das 100 Prozent der Bevölkerung direkt betrifft und mit dem sich zugleich 95 Prozent noch nie beschäftigt haben. Es geht um die zukünftige EU-Agrarpolitik und die Frage nach der Rolle der Landwirtschaft bei der Überschreitung planetarer Belastungsgrenzen.

Als Agrarstudentin habe ich nun Kühe gemolken, Bäume gepflanzt, Gemüse geerntet. Ich habe gelernt, wie die gute Zukunft der Landwirtschaft aussehen könnte, wenn es politisch so gewollt wäre. Derweil hat sich die Gesamtzahl der Höfe in Deutschland in den letzten 20 Jahren halbiert, der ohnehin bereits dramatische Zustand der Böden ist durch Extremwetterereignisse weiteren Belastungsproben ausgesetzt. Gleichzeitig haben sich die Preise für Ackerland in Deutschland in den vergangenen 15 Jahren verdreifacht. Doch darüber gibt es kaum einen öffentlichen Diskurs, kaum Empörung.

Wir als Auszubildende und Studierende sind die nächste Generation, die das Land bewirtschaftet und die Menschen ernähren soll. Das wird jedoch nur noch gut gehen, wenn wir jetzt beginnen, die Art und Weise der (Be-)Wirtschaftung radikal auf den Kopf zu stellen. Wir müssen unsere Gesellschaft grundlegend neu organisieren.

Wir wollen mitbestimmen, wenn es darum geht, wie die Milliarden an EU-Subventionen verteilt werden. Wir wollen mit darüber entscheiden, wie Landwirtschaft Teil der Lösung bei der Bewältigung der Klimakrise sein kann – und wie ein gerechter Zugang zu Land für Bäuer*innen ermöglicht wird.

In Berlin fordert aktuell ein Mieter*innenbündnis die Enteignung von über 240.000 Wohnungen auf Basis des Artikels 15 des Grundgesetzes. Dort heißt es: «Grund und Boden ... können zum

Zweck der Vergesellschaftung ... in Gemeineigentum überführt werden.» Menschen begehren auf gegen ungerechte Eigentumsverhältnisse und eine Praxis der Profitmaximierung auf Kosten ihrer Existenzgrundlage.

Wie wäre es also, wenn wir diese Initiative auf die Landwirtschaft übertragen?

Wenn wir die Macht der Agrarkonzerne über die Entscheidung über das, was mit unseren Böden und mit unserem Essen geschieht, wieder in die Hände der Menschen legen würden?

Wir probieren doch schon längst aus, wie emanzipatorische und solidarische Alternativen zum «Wachse oder Weiche»-System aussehen könnten, was regenerative Landwirtschaft in der Praxis bedeutet, wie wir Höfe genossenschaftlich und partizipativ organisieren können. Wir schaffen bereits neue Erzählungen von einer lebenswerten Zukunft. Und es ist unsere Verantwortung, Dinge, die nicht vorstellbar sind, vorstellbar zu machen.

Also raus auf die Felder! Wir müssen über den Zusammenhang von neo-kapitalistischem Profitzwang, Privatisierung von Boden und Klimakrise reden. Wir müssen erkennen, dass die Wurzeln der verschiedenen Gerechtigkeitskämpfe, ob über Mieten oder die Gestaltung der Landwirtschaft, dieselben sind. Wir müssen die Probleme der Landwirtschaft zu unseren Problemen machen. Und gemeinsam für Ernährungssouveränität und Klimagerechtigkeit kämpfen.

Julia Thöring, 22, studiert Ökolandbau in Eberswalde. In den letzten Jahren war sie vor allem bei den «Students for Future» und «Fridays For Future» zu den Themen Landwirtschaft und Klimagerechtigkeit aktiv. Im letzten halben Jahr hat sie auf verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben gearbeitet.

Der besondere Tipp

Lifestreams

Alles anders?! Wirtschaft neu denken -

Gespräch mit Prof. Ulrich Brand (Politikwissenschaftler, Publizist und Autor) und Dr. Katharina Reuter (Ökonomin und Autorin) sowie dem Europaabgeordneten Sven Giegold
2. Dezember (Do), 19:00-21:00 Uhr

Alles anders?! Gerechtigkeit neu denken -

Gespräch mit Dr. Ulrich Schachtschneider (Sozialwissenschaftler und Autor) und der Grünen-Europaabgeordneten Katrin Langensiepen
18. Januar (Di), 19:00-21:00 Uhr

Online-Veranstaltung

Zukunft der Automobilindustrie

7. Dezember (Di), 17:30-19:00 Uhr

22. Außenpolitische Jahrestagung

13., 20. und 27. Januar (jeweils Do), 16:00-17:30 Uhr

calendar.boell.de

Videoreihe

#systemrelevant - Die Filmmacherin Yael Reuveny porträtiert die Vielfalt jüdischen Lebens

boell.de/juedischesleben

Böll.Fakten

Energie für die klimaneutrale Zukunft: Wasserstoff

Das neue Heft der Reihe Böll.Fakten beschäftigt sich anhand von 15 Fakten mit den Potenzialen von Wasserstoff und seiner Bedeutung für unsere klimaneutrale Zukunft.

boell.de/boell-fakten

Schriftenreihe

Antifeminismus auf dem Weg durch die Institutionen

Unsere Handreichung bietet gleichstellungspolitisch Aktiven Informationen, Kriterien und Leitfragen, mit denen antifeministische Gruppierungen besser eingeordnet und eingeschätzt werden können.

gwi-boell.de/publikationen

Buchtipp

Wie wollen wir leben?

Von Tim Jackson

Das Streben nach ständigem Wachstum hat zu ökologischer Zerstörung, sozialer Instabilität und einer globalen Gesundheitskrise geführt. Wenn Wachstum uns so sehr schadet, warum verabschieden wir uns dann nicht davon? Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Oekom Verlag, Oktober 2021, 22 Euro

boell.de/publikationen

Dossiers

COP 26: Glasgow

Für das Pariser 1,5-Grad-Ziel braucht es einen schnellen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas. Die Beiträge dieses Dossiers bewerten die Ergebnisse des Klimagipfels vom 31. Oktober bis 12. November im schottischen Glasgow.

boell.de/klima

60 Jahre Anwerbeabkommen Deutschland-Türkei

Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums geben Autorinnen und Autoren aus mehreren Generationen aus Deutschland und der Türkei Einblicke in bisher wenig betrachtete Ecken der Migrationsgeschichte sowie in die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen.

boell.de/anwerbeabkommen-Deutschland-Tuerkei

Podcasts

Wert der Digitalisierung

Wenn wir über Digitalisierung reden, geht es zumeist um Effizienz. Doch wie muss Digitalisierung eigentlich gedacht werden, damit sie dem Gemeinwohl dient und unsere individuelle Freiheit schützen und stärken kann?

Sina Fontana - Schwangerschaftsabbruch: Versorgung sichern!

Mahnwachen und Demonstrationen von Abtreibungsgegner/innen vor Beratungsstellen und Praxen gefährden das Persönlichkeitsrecht von ungewollt Schwangeren. Was können wir gegen Gehsteigbelästigung tun?

boell.de/podcasts

Unterrichtsmaterial

Selbstbestimmt im Netz

Unsere Welt digitalisiert sich zunehmend, kaum ein Lebensbereich wird dabei ausgelassen. Wie können wir Schülerinnen und Schüler dazu befähigen, dass sie ihre Rechte kennen, sich im Netz souverän bewegen und den digitalen Raum selbstbestimmt gestalten können? Drei Lernreisen zu den Themen «Fake News», «Datenspuren» und «Digitale Spiele».

boell.de/selbstbestimmt-im-netz

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030 - 2 85 34 - 0
F 030 - 2 85 34 - 109
info@boell.de

www.boell.de

Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Konzept und fachliche Beratung

Dr. Christine Chemnitz, Inka Dewitz

Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger
Martin Reichert

Schlussredaktion

Susanne Dittrich

Art Direktion / Gestaltung

State, Berlin
www.s-t-a-t-e.com

Umschlagsfotografie

Gregg Segal

Druck

Kern GmbH Bexbach

Papier

Umweltpapier + Umweltsiegel

Bezugsbedingungen

Zu bestellen bei oben genannter Adresse
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt



twitter.com/boell_stiftung
facebook.com/boellstiftung
youtube.com/user/boellstiftung
soundcloud.com/boellstiftung
flickr.com/photos/boellstiftung
instagram.com/boellstiftung/

«Um es klar zu sagen: Ich bin kein Gegner der Wirtschaft. Natürlich braucht jedes Ernährungssystem Unternehmen und Händler. Aber es gibt seit jeher eine Vielfalt der Möglichkeiten, unsere Ressourcen zu organisieren: Partnerschaften, Kooperativen, öffentliche Agenturen. Und das Problem ist: Heute ist zu viel Macht und Einfluss in der Hand zu weniger Konzerne konzentriert.»

Böll.Thema 21-3

Gesund, gerecht und ökologisch –
Perspektiven für die Zukunft der Welternährung

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 34 Auslandsbüros ist sie weltweit gut vernetzt. Sie kooperiert mit ihren Landesstiftungen in den Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de

